

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 26. April 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Verantwortlicher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Im Kampf um den Kesselberg.

### Neuer Angriff bei Billers Bretonneng — Hangard genommen — Die Linien bei Castel vorgeschoben — 2000 Ge- fangene.

Berlin, 25. April 1918, abends. Amtlich.  
Die Armee des Generals Eigt von Arnim steht im Kampf um den Kesselberg.  
(Der Kesselberg ist der die ganze Nordfrontliche Ebene beherrschende bergähnliche Höhenzug südwestlich Spaarn.)

Amtlich. Großes Hauptquartier, 25. April 1918. (B. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld an der Yde scheiterte ein harter Gegenangriff der Franzosen gegen die Höhe von Biengesthet unter schweren Verlusten. Derliche Kämpfe nordwestlich von Belfleur, bei Festubert und zu beiden Seiten der Scarpe.

Schließlich von der Somme griffen wir Engländer und Franzosen bei und südlich von Billers Bretonneng an. In hartem Kampf bahnte sich unsere Infanterie den Weg durch die Maschinengewehrfeuer des Feindes. Panzerwagen haben sie hierbei wirksam unterstützt. Wir nahmen den viel umkämpften Ort Hangard. Auf dem Westufer der Avere tragen wir unsere Linien an die Höhen nordwestlich von Castel vor. Den ganzen Tag über führte der Feind mit seinen auf dem Kampffeld bereitgehaltenen und von rückwärts herangeleiteten Unterstützungstruppen heftige Gegenangriffe. Sie brachen blutig zusammen. Erbitterte Kämpfe dauerten in dem gewonnenen Gelände die Nacht hindurch an. Mehr als 2000 Gefangene blieben in unserer Hand. Vier Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre wurden erbeutet.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 25. April 1918. Amtlich wird verlautbart:  
Am oberen Devis in Albanien schlugen wir in den letzten Tagen französische Vorstöße zurück.  
Im Südwesten nichts Neues.  
Der Chef des Generalstabes.

### Der Kampf um die Mole.

Brügge, 24. April. (B. Z. B.) Von einem Augenzeugen wird uns zu dem englischen Flottenangriff auf Ostende und Zeebrügge noch berichtet:

Der englische Flottenangriff auf Ostende und Zeebrügge am frühen Morgen des 23. April sollte die dortigen Anlagen zerstören und die Hafenausfahrten durch Versenken von Sperrschiffen blockieren. Die Nacht vom 22./23. ist dießig und unsicher. Ein heftiger Regen fällt. Nach Mitternacht Klagen über Ostende und Zeebrügge. Abwehrfeuer, Bomben krachen, ein neuer Ton, das langgezogene Geylen der über englischen Monitore. Die deutschen Küstenbatterien nehmen das Feuer auf. Aber das offene Meer verschwindet wie

unter einem dichten Schleier;

das machen die Nebelapparate feindlicher Schiffe. Mit einem Male schießt der mächtige Unüberbau der Mole unter furchtbaren Schlägen. Ein mit Geschossen gefülltes englisches U-Boot ist gegen die Mole gefahren; ein Teil der Mitterbrücke, welche die eigentliche Mole mit dem Festlande verbindet, fliegt in die Luft. Für den Augenblick ist jede Verbindung mit dem Lande abgebrochen. Vergeblich steigen Leuchtballons und werfen Rauchapparate ihre Sichtbündel, der Feind ist zu dicht.

Die Wache steht in febrilhaftiger Erwartung hinter der meterdicken Brüstung der Molenmauer. Da jauchzt wie ein Sechserhüß der englische Kreuzer aus dem Nebel. Schon ist er an der Mole im toten Winkel. Die Maschinengewehre rattern und die kleinen Maschinengewehre jagen rasend auf die Mole auf das Deck des feindlichen Kreuzers, das schwarz ist von Menschen. Von den 400 Royal Marines weilt jeder einzelne, daß es gilt zu liegen oder zu sterben. Unter dem tödlichen Hagel der Maschinengewehre werden Seiten und Laufwege gegen die Molenwand geworfen, die den weichen Heilern hinab, die Kampagnieführer an der Spitze, von denen Helden drei tot auf der Mole. Wilder Kampf im Nebel um die zitternde Mauer

mit Bajonett, Pfeffer, Faust und Säbelen.

Von 40 Engländern kommt keiner lebend zurück; das Deck des Kreuzers schwimmt in Blut. Der Engländer wirft wieder ab, der Versuch, die Besatzung und die anderen Einrichtungen der Mole durch handreichartigen Heberall zu zerstören, ist gescheitert.

Mit qualmenden Nebelapparaten versuchen drei feindliche Kreuzer den Molenkopf zu passieren, da bricht das Feuer der Molenbatterien aus den Rohren. Treffer in den Schornsteinen, auf der Kommandobrücke, im Rumpf. Auch die Küstenbatterien greifen ein, die jetzt ihr Ziel im Dunst erkennen können. Die englischen Schiffe beginnen zuanken. Zwar haben sie noch Fahrt, aber sie genügt nicht mehr, um ihr Ziel, die Kanalhälfte, zu erreichen und zu sperren. Ein Zerstörer, der die Befehle von den Motorbooten aufnehmen soll, sinkt in deutschem Geschützfeuer, von den Befehlungen entkommt kaum einer. Noch größer war der

### Widerstand bei Ostende.

Die englischen Sperrschiffe kamen überhaupt nicht an die Osteneinfahrt heran. Raum gesichtet, konnten sie im Feuer der deutschen Küstenbatterien, zwei Zerstörer, die sich Wendungen zu nähern versuchten, werden gleichfalls vernichtet. Am Morgen des 23. aber haben die ausfallenden deutschen Mieger vor der Mole 7 treibende Küster, Wrackteile und Leichen. 5 Lebende und einen Toten können die deutschen Torpedoboote noch bergen.

Die gespernte Molenbrücke ist rasch wiederhergestellt. Ein einziges deutsches Torpedoboot ist unbedeutend beschädigt, seine Geschwindigkeit nicht beeinträchtigt. In Ostende sind einige Häuser beschädigt und 10 Belgier tot. Der Engländer aber hat 5 kleine Kreuzer, drei Zerstörer und mehrere Motorschnellboote eingebüßt. Noch schwerer aber wiegt der Verlust der zahlreichen Taten, der Tappereien der Tappereien. Der englische Funknach vom 24. 4. meint, daß die Einfahrt zum Brügge Kanal „möglichstweise“ wirksam blockiert sei. Sollten Optimisten im Vereinigten Königreich darauf Hoffnungen bauen, so wird der unänderliche Fortgang des deutschen U-Boot-Krieges sie bald belehren, daß England Schiffe und Menschen vergeblich geopfert hat.

### Die Frage der Brottration.

Der Reichstagsbeirat des Kriegsernährungsamts tritt heute in einer Sitzung zusammen, um über die Brotversorgung bis zur kommenden Ernte zu beraten. Dazu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

Ob in dieser Sitzung auch beschlossen werden wird, wie Gerichte wissen wollen, daß eine allgemeine Herabsetzung der Brottration eintreten soll, muß naturgemäß abgewartet werden. Einstweilen müßten wir einen solchen Beschluß, auch im Hinblick auf die von zuständigen Stellen gekommenen optimistischen Nachrichten über Zufuhren aus der Ukraine, nicht für möglich halten.

Die wir hören, kommt eine Herabsetzung der Brottration zurzeit nicht in Frage. Ob sie zu einem späteren Zeitpunkt vor der neuen Ernte notwendig werden wird, steht noch nicht fest. In der Bevölkerung ist man allerdings der Meinung, daß eine solche Maßnahme, die das rationierte Nahrungsmittelquantum noch weiter unter das Existenzminimum herabdrückt, nicht in Frage kommen kann, wenn das, was von dem „Brotfrieden mit der Ukraine“ erzählt wurde, auch nur einigermaßen der Wahrheit entspricht.

### Die Fraktionsvertreter bei Kühlmann.

Protest gegen die alldeutsche Kampfmethode.

B. Z. B. meldet:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann machte heute den Führern der Parteien des Reichstages verisäufliche Mitteilungen über die Dulacepfer Verhandlungen.

Nachdem er geschlossen hatte, nahm der Vizepräsident Dr. Baasche das Wort, um dem Staatssekretär für seine Ausführungen zu danken und im Namen der Anwesenden dem Bedauern und dem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, wie von der „Deutschen Zeitung“ gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit persönlichen Verdächtigungen gekämpft werde. Er sei überzeugt, daß keiner dem widersprechen werde, daß dieses Hineingehen persönlicher Verhältnisse in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung angenommen. Im Anschluß daran sprach der Vizepräsident persönlich sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf die gleiche Weise auch eines der kenntlichste und fleißigsten Mitglieder des Reichstages (Erzberger Red. d. B.) in der gefährlichsten Form angegriffen werde. Die Zeitungen aller Richtungen hätten sich ja auch schon dagegen gewandt, daß man in dieser Weise das persönliche Gebiet in den politischen Kampf hineinziehe.

### Keine österreichischen Truppenverschiebungen nach dem Westen.

Wien, 24. April. Die Gerüchte, daß Verschiebungen österreichisch-ungarischer Truppen nach dem Westen stattgefunden haben, sind, wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, vollständig aus der Luft gegriffen.

### Das Branntwein-Monopol.

Von Georg Davidsohn.

Dem ersten deutschen Branntwein-Monopol-Entwurf war kein Glück beschieden. Als er am 18. Februar 1886 von Bismarck zur Abstimmung gebracht wurde, enthielten sich die süddeutschen Bevollmächtigten der Stimme. Nicht besser ging es Bismarcks Sorgenkind im Reichstag, so daß es, schon in der ersten Lesung schwer heimgeführt, in der zweiten eines unfaulsten Todes verchied.

Diese Wiedererinnerung gibt zu denken. Handelt es sich doch beim Entwurf vom 18. April 1918 zwar nicht um die Ausfertigung des Bismarckschen Planes in all' seinen Einzelheiten, aber — negativ gesehen — bringt die Vorlage von 1918 das Gleiche wie die von 1886/88: kein Erzeuger-Monopol heißt als „Gegenstand des Monopols“: Ablieferung des im Inland hergestellten Branntweins (soweit nicht Ausnahmen vorgehoben sind) aus der Brennerei ans Reich, Verarbeitung zu Trinkbranntwein und Handel mit diesem (soweit nicht Ausnahmen vorgehoben sind) ausschließlich durch die Monopolverwaltung.

Auch dieses Mal werden voraussichtlich die Konservativen allein bereit sein, das Gesetz, wie es geht und steht, zu schlucken. Die Reichsregierung hat dafür gesorgt, daß die Alkoholinteressenten durch die Einzelheiten des Monopolvertrages nicht überrascht würden. Nur so war es (ein Beispiel für viele) möglich, daß der Verein bayerischer Branntwein- und Vikorfabrikanten die Entschädigungsstaffelungen des Entwurfes und andere Details der Vorlage kannte und bearbeitete, ehe sie in die Hände der Reichstagsabgeordneten gelegt war.

Ganz von selbst versteht es sich, daß ohne die Sanktion der Spiritus-Zentrale in dieser Angelegenheit und bei der Gestaltung dieses Gesetzes nun schon gar nichts geschehen ist. Es hätte sonst vielleicht doch der Fall eintreten können, daß man im Reichstagsrat auf den Gedanken gekommen wäre, es endlich einmal mit ganzer Arbeit, das heißt mit dem Erzeuger-Monopol, zu versuchen! Nun, diese große Gefahr ist von den deutschen Brannern bis auf weiteres abgewendet, denn außer der Sozialdemokratie dürfte keine Partei Neigung verspüren, den Regierungsentwurf so energisch zu verbessern.

Produktionsmonopol des Reiches würde bedeuten, daß zu den Opfern, die das Volk weiter auferlegt bekommen soll, nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Produzenten herangezogen werden, welche bisher nur Nutznießer unserer Alkoholgesetzgebung gewesen sind und es, wie's scheint, vorerst noch immer bleiben sollen.

In § 97 des Entwurfes finden wir den Schlüssel zum junkofreundlichen Herzen der Reichsregierung:

„Der Branntweingrundpreis wird so festgesetzt, daß... bei angemessener Bewertung der Kartoffeln die Schlempe dem Brennereibesitzer kostenfrei zur Verfügung bleiben soll.“

Nun kennt man ja die berühmte Rechnung: Wenn die Brenner ihre Schlempe nicht kostenfrei erhalten würden, so müßte das deutsche Volk seinen Fleischgemut noch teurer bezahlen, als dies bis 1914 der Fall war. Dieser Entwurf gilt nur so lange, als an unserer gefamten Steuer- und Volkswirtschaft in ihrem allgemeinen Aufbau nicht gerüttelt wird. Würde aber gemäß den Wünschen, Anregungen und Anträgen der Sozialdemokratie unser ganzes Volk- und Steuergebäude von oben bis unten erneuert, so bliebe erst noch abzuwarten, wie sich hernach die direkten zu den indirekten Steuern stellen und wie sich all' die schweren Ungerechtigkeiten ausgleichen ließen, die in den bisherigen Steuer-, Zoll-, Produktions- und sonstigen Verhältnissen verankert liegen. Ganz abgesehen davon, daß — wie die Ernährungs-Wissenschaft festgestellt hat — bei Verzicht auf Agrarier-Verbegaben die Kartoffel, gut hergerichtet, dem Vieh ohne den Umweg über die Schlempe noch viel besser bekommt.

Daß die Reichsregierung, wo es sich nicht um hoch-agrarische Interessen (oder wie sie in ihrem Entwurf so schön sagt „Vollange“) handelt, auch anders kann, ersehen wir an den erfreulicherweise derher zupackenden Bestimmungen, die sich mit den Rektifikatoren des Spiritus be-fassen. Diesen wird weder Schlempe noch sonst irgend etwas gratis und franks auf den Präzisionsverleher gelegt, obwohl auch sie billiger arbeiten könnten, wenn man ihnen Extrawürste bräte.

Für jene Alkoholherzeugungsverfahren, zu denen weder Kartoffeln, noch Dösl oder Getreide hergenommen werden müssen, also zur Branntweingewinnung aus den Sulfidablagen, aus Holz, aus Holzmasse, nimmt die Regierung, allen Warnungen des Krieges zum Trotz, noch immer eine einigermaßen lächle Stellung ein, womit — wenn es nicht noch geknigt, auch hier größere Freiheiten zu schlagen — auf unabsehbare Zeit nach wie vor die Kartoffel Hauptopfer der Brenner bleiben würde.



Selbst die Essigergänzung, wo gleichfalls die zwei Möglichkeiten der Produktion aus organischen Stoffen (Kartoffeln usw.) und aus anorganischen (nicht aus Gärung gewonnener Essigsäure) in Frage kommen, triumphiert das agrarische Interesse: der Kartoffelmord.

Ueber die Einzelheiten der Verwaltung und des Betriebs des geplanten Monopols sei nur soviel gesagt:

Bundesrat und Reichskanzler haben die Absicht, sich große Rechte vorzubehalten, zum Teil ganz ohne Befragung des Reichstags, zum Teil unter Beschränkung auf bloße Mitteilung der ausgegebenen Anordnungen. Dem Bundesrat soll sogar die Befugnis zugestanden werden, den Kleinhandel abweichend von den Vorschriften der Reichs-Gewerbeordnung zu regeln! Dem Monopolamt soll ein Beirat zur Seite gesetzt werden, bestehend aus fünf Reichstagsabgeordneten, fünf Mitgliedern des Bundesrats, fünf landwirtschaftlichen Vertretern und fünf vom Reichskanzler herrenhausmäßig „Berufenen“. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Monopolamt!

In die Erörterungen über die Rechte und Schranken des Monopolentwurfs und einiger der mit ihm zugleich eingebrachten Vorlagen wird nicht wenig die Frage hineinspielen: „was ist Lurus?“ Es versteht sich von selber, daß hier die Subjektivität der einzelnen Beurteiler aus stärkster Mütze reden muß. Deshalb kann und wird man die Entscheidung dieser Frage nach möglichst allgemein und möglichst großzügig gefaßten Gesichtspunkten zu treffen haben. Und auch der sozialdemokratischen Fraktion wird nichts übrig bleiben, als ihre früheren Ansichten über Lurussteuern zu überprüfen nach der Richtung: ob alles bestehen bleiben kann, was wir dazu früher einmal gesagt und beschlossen haben.

Wir werden uns da veranlaßt sehen, die Notwendigkeiten der Zeit sehen, die keinem von uns ganz leicht auf die Seele fallen dürften. Aber in einem Jahrzehnt wird auch das schon historisch geworden sein, und mancher, der heute noch aus den anerkanntesten Gründen schwanzt, wird dann die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir uns dem Gedanken des Alkoholmonopols auf keinen Fall verschließen und den Versuch nicht scheuen dürften, es zum Erzeuger-Monopol auszugestalten. Was wir darüber hinaus bei den anderen Gesehenswürfen zur Verbesserung von Nahrungs- und Genussmitteln zu veranlassen und zu verhindern haben, das liegt zum Teil in der Linie unserer bisherigen Anschauungen, zum Teil ist es durch Kriegserfahrungen aller Art beeinflusst, und letzten Endes wird es bestimmt sein nicht allein von unseren Wünschen und Zielen, sondern auch von der Taktik, die Regierung und bürgerliche Parteien im Verlaufe der bevorstehenden Steuerkämpfe bewegen werden.

## Die neuentbrannte Westoffensive.

Frankösischer Heeresbericht vom 24. April abends. Der letzten Beschießung der französisch-englischen Stellungen südlich der Somme und an der Aisne folgte ein deutscher Angriff, der von der ganzen Front von beträchtlichen Kräften durchgeführt wurde. Von 5 Uhr früh richteten sich die Anstrengungen des Feindes gegen Hangard in Sauerre, die Gegend von Hailles und den Generalswald südlich der Aisne. Die Schlacht, die den ganzen Tag über gebauert hat, hält noch an, besonders erbittert in der Gegend von Hangard. Nach einer Reihe wütender Angriffe gelang es dem Feinde, in dem Gehölz südlich Hangard Fuß zu fassen, ebenso an dem Ufer des Dorfes, das unsere Truppen erbittert verteidigen. Der Kampf war nicht weniger erbittert in der Gegend von Hailles. Mehrere feindliche Stämme gegen einen Deutschen östlich des Dorfes wurden durch unser Feuer und unsere Gegenangriffe gebrochen. Auch weiter südlich haben die Deutschen mit ihren Versuchen gegen den Generalswald und die Höhe 62, die vollständig in unserem Besitz geblieben sind, Mißerfolg gehabt. Auf dem rechten Ufer der Aisne war der Artilleriekampf gleichfalls lebhaft. Auf der übrigen Front war der Tag ruhig.

Englischer Heeresbericht vom 24. April abends. Heute früh griff der Feind nach heftiger Beschießung auf der ganzen englischen Front südlich der Somme und gegen die Franzosen auf unserer rechten Flanke an. Er wurde abgewiesen. Später am Vormittag erneuerte sich in heftiger Weise der Angriff gegen unsere Stellungen in diesem Abschnitt und, obgleich an den südlichen und nördlichen Enden der Front verlustreich abge schlagen, machte er Fortschritte bei Miers Betonnuenz, wo der Kampf den ganzen Tag über heftig anhielt. Der Feind nahm das Dorf in Besitz, der Kampf hielt weiter an. Andere Angriffe, die der Feind heute vormittag auf dem Nordufer der Somme und nördlich von Albert machte, wurden abgewiesen; wir machten einige Gefangene. Bei einer erfolgreichen deutschen Artilleriebeschussung, die heute morgen nordwestlich von Festubert ausgeführt wurde, wurde der dort Feinde am 24. 4. getötet. Heute morgen unsere Truppen zurückzogen; die feindliche Besatzung wurde heftig Widerstand und hatte schwere Verluste. Wir machten einige Gefangene und erbeuteten 4 Geschützgeschosse. Heute früh machte der Feind einen heftigen südlichen Angriff ohne Erfolg gegen unsere neuen Stellungen östlich von Robeca. Unsere Linie wurde unversehrt gehalten; 64 Gefangene fielen in unserer Hand. Außerdem machten wir in erheblichem Maße unsere Unternehmungen östlich des Waldes von Mepe und in der Gegend von Reixen Gefangene.

## Deutsche Gerichte in Belgien.

Brüssel, 24. April. Durch gemeinsame Verordnungen des Generalgouverneurs und des Generalgouverneurs werden für Belgien und Wallonien deutsche Gerichte eingesetzt. Der leitende Beamte bei der Neuorganisation war bei möglichst sparsamer Personalbeschaffung in Strafsachen eine Beschränkung auf das im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Notwendige, in Zivilsachen Schutz der privatrechtlichen Interessen der Deutschen, der Verbündeten und der Neutralen. Es werden deshalb laienrechtliche Bezugsgerichte eingerichtet, die materiell nach den Landesgesetzen, aber unter Anwendung des deutschen Prozedurgesetzes in Zivil- und Strafsachen urteilen werden. Die Justizverwaltung liegt wie bisher in den Händen des Verwaltungsrates.

## Die französische Parteiminderheit nimmt für Heeresvermehrung.

Die Minderheit der französischen Sozialisten — die eigentlichen Zimmerwalder ausgeschlossen — hat sich bekanntlich angefaßt der deutschen Offensiv und mit Hinblick auf die Beschaffenheit der Friedensschlüsse im Osten eingeschlossen, diesmal für die Einziehung eines neuen Jahrgangs — des von 1919 — zu stimmen. In der Deputiertenkammer gab Genosse Pressmane in ihrem Namen die Begründung dafür. Er sagte: „Wir haben gegen die Einziehung der Jahrgänge 1916, 1917 und 1918 gestimmt. Diese Haltung haben wir in einer Zeit eingenommen, wo die Fronten unbeweglich waren. Heute ist dem nicht mehr so. Der Feind ist vor den Toren. Die Stunde erlaubt

keine Diskussion über die Art der Kriegsführung und über die Kriegsziele. Wir wollen nicht, daß diejenigen, die sich dem brutalsten Imperialismus unterwürdig, auf uns stürzen, auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit glauben können, dank unserer Mannigfaltigkeiten zu triumphieren.

Das Verhalten der französischen Minderheit entspricht der grundsätzlichen Stellung, die sie in der Frage der Landesverteidigung von Anfang an eingenommen hat: Verteidigung des heimatischen Bodens gegen den eingebrungenen Feind, Ablehnung des Vertrauens für eine Regierung, die ihre Kriegsziele nicht bekanntgeben will.

## Das dänische Wahlergebnis.

Das Hauptergebnis der dänischen Wahl, die zum ersten Male unter dem neuen auch die Frauen einschließenden Wahlrecht vor sich ging, ist die stimmlose Mehrheit der bisherigen Regierung. Für die neutralitäts- und arbeiterfreundliche Regierung wurden 455 000, gegen sie 436 000 Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokratie allein erhielt 292 775 (28,7 Proz.), die ihr verbündeten Radikalen 192 411 (21 Proz.) Stimmen. Die Opposition kann sich also nicht mehr darauf berufen, daß die Regierung nicht das Land hinter sich hat. In dem abgelaufenen Folketing war es so; die Regierungsparteien hatten zwar die Mehrheit der Mandate, aber 18 000 Stimmen weniger als ihre Gegner — sie haben also 31 000 Stimmen gewonnen. Das Kompromiß zwischen Radikalen und Sozialdemokraten trat in Groß-Kopenhagen, wo Wahlen stattfanden, gar nicht und auch nicht in allen Landkreisen in Kraft. Sonst hätten die Verbündeten noch 4 Mandate mehr erobert. Die Sozialdemokratie behauptete alle alten Mandate, eroberte zwei dazu und gewann von den neuen Wahlkreisen vier und in Groß-Kopenhagen drei neue Sitze. Von den vier gewählten Frauen gehören zwei zur Konserverpartei, eine zur sozialdemokratischen und radikalen Partei. Die Wahlbeteiligung war die höchste, die Dänemark je erlebte: 75,5 Proz. der Wähler gaben ihre Stimme ab — und dabei war die Zahl der Wahlberechtigten von 488 052 im 1915 dank dem neuen Wahlgesetz auf 1 212 133 gestiegen. In Groß-Kopenhagen hat die Sozialdemokratie fast die Hälfte aller Stimmen auf sich vereint.

## Ezterenyis Kabinettsbildung.

### Die ungarische Wahlrechtskrise.

Budapest, 24. April. Blättermeldungen zufolge dürfte die Kabinettsbildung unter dem Ministerpräsidenten Josef Ezterenyi auf der Grundlage erfolgen, daß der Gesetzentwurf über die Wahlreform erst im Herbst im Abgeordnetenhause verhandelt werden soll, jedoch müßte die Regierung Gewähr bieten, daß, falls es nicht gelingen sollte, den Gesetzentwurf in der jetzigen Form und ohne Änderungen im Parlamente durchzubringen, das Haus aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden sollen. Die sogenannten Wahlrechtsparteien des Abgeordnetenhauses haben dem Vorschlag zugestimmt, und so wird der designierte Ministerpräsident Ezterenyi vermutlich schon morgen in der Lage sein, die Ministerliste seiner Majestät zu unterbreiten.

## Das wankende Ministerium Seidler.

### Die Deutsch-Radikalen gegen unverantwortliche Außenpolitik.

Wien, 25. April. Die innerpolitische Situation gilt heute als sehr kritisch. Man erwartet eine Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Seidler. Die deutschen Parteien sind entschlossen, alle Folgen aus der für sie betriebenen Sachlage zu ziehen. Die Beratungen und Audienzen dauern fort. Sämtliche Morgenblätter, insbesondere das offizielle „Fremdenblatt“, drücken ihr Unbehagen über die Sachlage aus und prophezeien eine Zuspitzung der innerpolitischen Krise.

Wien, 24. April. In der heutigen Sitzung der Deutsch-Radikalen Partei wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die deutsch-radikale Partei kann nur eine solche Regierung unterstützen, die die ersten Vorkämpfer bietet, daß die auswärtige Politik vom verantwortlichen Minister des Reiches unter Ausschluß aller Beeinflussung von unverantwortlicher Seite in der bisherigen Richtung im engsten Einvernehmen mit dem verbündeten Deutschen Reich weitergeführt werde; zweitens, die Selbstständigkeit und Selbstverwaltung Deutschlands unter Durchführung der nationalen Abgrenzung vertritt.

Wien, 25. April. Wie die Blätter melden, berichtete gestern Abend im Verbandsauschuß der deutsch-nationalen Parteien der Vorsitzende Abgeordneter Waldner über seine wiederholten Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler. In einer längeren Aussprache wurde von allen Räumern auf die große Unzufriedenheit und erregte Stimmung in den deutschen Wählerkreisen hingewiesen, die durch den Nichttritt des Grafen Czernin nur noch gesteigert worden sei. Abgeordneter Teufel brachte eine Reihe Bedenken vor, die oppositionelle Stimmung überzog jedoch. Es wurde hervorgehoben, daß mit kleinen Mitteln die Lage nicht gelöst werden könne. Insbesondere auch in der Ernährungsfrage müsse eine durchgreifende Aenderung eintreten.

## Ehrenbürger Czernin.

Wien, 25. April. Der Wiener Stadtrat beschloß einstimmig, dem Grafen Czernin das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

## Rizows Nachfolger.

Berlin, 25. April. Mit der Leitung der bulgarischen Gesandtschaft als Gehaltsträger ist nach dem Ableben des Gesandten Rizow seitens des bulgarischen Ministerpräsidenten der Legationsrat Dr. Rihyporoff beauftragt worden.

## Das geprellte Holland.

Amerika will weckeren Schiffsraum herauslocken. — Einsetzung der ostindischen Schiffsahrt.

Washington, 25. April. (Moosehead Pres.) Die Vereinigten Staaten sind geneigt, das unlängst gemachte Anerbieten, drei Schiffe mit Getreide nach Holland abzugeben, zu widerrufen, wenn die Versprechungen der holländischen Presse, die die Vereinigten Staaten in der Hinsicht der Doppelzähligkeit anklagen, daß der entsprechende Schiffsraum die holländischen Häfen nach Amerika verlaufen solle, als ein Kennzeichen der Stimmung der holländischen Regierung und Bevölkerung aufzufassen seien. Ähnliche Kreise drücken ihre Enttäuschung und Ueberraschung aus über die Aufnahme des amerikanischen Anerbietens, das sich auf einen Vorkrieg der holländischen Regierung stützt, um die aus dem Mangel an Brotgetreide hervorgehenden Leiden zu lindern. Das

Anerbieten ist eine Ergänzung zu Wilsons Erklärung vom 20. März, daß nämlich 100 000 Tonnen Getreide für Holland vorgesehen seien, wenn es Schiffe senden würde, um diese zu befördern. Wenn Holland nicht wünscht, das Anerbieten zur Entsendung von Schiffen anzunehmen, so bleibt das ursprüngliche Anerbieten, Getreide zu liefern, noch bestehen. Aber die Häfen, die Amerika zu gewähren bereit ist, wird um die Zeit vergrößert werden, die dazu gebraucht wird, um Schiffe von Holland nach Amerika zu senden.

Amsterdam, 24. April. Ein hiesiges Blatt erfährt aus Batavia, daß die Niederländisch-Indische Paketfahrt ihr Kontor in Singapur geschlossen hat. Dazu erfährt die Niederländisch-Indische Presseagentur aus Amsterdam, daß die Paketfahrt und die übrigen indischen Linien die Fahrt mit ihren freien Schiffen nicht aufnehmen, weil die Haltung der alliierten Regierungen gegenüber diesen Schiffen noch unsicher ist. Falls es sich herausstellt, daß diese Regierungen über die Schiffe freie Verfügung behalten, beschließen die Direktionen den Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Singapur, 25. April. Erste Kammer. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen teilte Minister Deussen in Beantwortung von Reden verschiedener Abgeordneter mit, daß kein Schiff aus Holland ausfahren werde, bevor eine schriftliche Sicherung vorliege, daß kein Schiff in Beschlag genommen würde. Gestern hat der Minister aus einer Aussprache mit dem amerikanischen Gesandten erfahren, daß dieser der Ansicht sei, daß diese Sicherung bereits schriftlich gegeben worden sei. Die Absicht sei, daß fortwährend sechs Schiffe in Fahrt bleiben würden. Der Minister hat Grund anzunehmen, daß diese Schiffe noch vermehrt werden, und daß Deutschland kein Hindernis in den Weg legen würde, auch glaubt der Minister annehmen zu können, daß die alliierten Regierungen die Verpfichtungen über die Nationalisierung Hollands einhalten würden. Die Unterhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland seien bei der anderen Partei auf Schwierigkeiten gestoßen und verzögert, die Vorbereitungen seien jedoch ausreichend gewesen. Ueber den Stand der Verhandlungen könne der Minister keine Mitteilungen machen, sie machten jedoch keine raschen Fortschritte, besonders deswegen, weil Holland nicht mehr viel ausführen konnte. Mit Rücksicht auf die Schiffsfrage teilte der Minister noch mit, daß er von England die Zusicherung habe, daß Schiffe, die nach dem 20. März aus Indien abgefahren seien oder noch abfahren würden, nicht beschlagnahmt werden würden.

Batavia, 17. April. (Neuter.) Die holländische Schiffahrt von Ostindien nach den britischen und amerikanischen Häfen ist gänzlich eingestellt, und der Exporthandel nach den Straits Settlements, Indien und Amerika ruht ebenfalls so gut wie völlig, namentlich die Zucker- und Gummihandels. Auch der Tabakhandel liegt darnieder und britische Firmen erleiden schwere Verluste.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 24. April. Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England

22 000 Dr.-R.-Lo.

Unter den versenkten Schiffen ein wertvoller 7000 Dr.-R.-Lo.-Dampfer, der im Armeekanal aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen wurde und zwei vollbeladene Dampfer von je 5000 Dr.-R.-Lo. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Schweizer Getreideschiffe. In einer Schweizer Meldung, daß schweizerische Getreideschiffe frei passieren dürften, wenn sie neben der feindlichen die Schweizer Flagge führten, wird von deutscher Seite bemerkt, daß es binnen drei Monaten den deutschen Kriegsschiffen schwerer erwidert werden könnte. Die Lage sei auch dadurch ersichert, daß die weggenommenen holländischen Schiffe die amerikanischen Flagge führten. Würde also ein schweizerisches Getreideschiff versenkt werden, so trübe nicht die deutsche, sondern die amerikanische Regierung die Verantwortung.

Die Herabsetzung von Paris. Paris, 25. April. (Antich.) Das weitverbreitete Gerücht, daß die Verkleinerung des Pariser Gebietes am 24. April fort. Keine Todesfälle.

Dienstpflicht in Ostpreußen. Rotterdam, 25. April. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge erfährt „Dutch Telegraph“ aus Rotterdam, daß die über verschobene allgemeine Einberufung aller Dienstpflichtigen zwischen 16 und 41 Jahren jetzt beschlossen worden. An erster Stelle die der unehelichen Männer, an zweiter Stelle derjenigen, die während des Krieges geheiratet haben, und an dritter Stelle die der Verheirateten im dienstpflichtigen Alter. Der Gemeinderat, die Handelskammer, der Verwaltungsrat, sowie andere viele große Arbeitgeber haben eingewilligt, den unverheirateten Leuten ein Viertel ihres Lohnes, den verheirateten die Hälfte während ihrer Tätigkeit im öffentlichen Interesse auszusprechen.

## Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte in ihrer gestrigen Sitzung zu Medern über das Arbeitskammergesetz die Abgeordneten Logen und Hebel.

## Die Beratung der sozialpolitischen Gesetze.

Der Senatskommissionar des Reichstags trat am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, in der festgelegt wurde, daß das Gesetz über die Arbeitskammern und das Gesetz über die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung am 1. Mai zur Beratung gestellt werden soll.

Eine Bekanntmachung über eine Volkszählung ist am Donnerstag vom Bundesrat beschlossen worden.

## Letzte Nachrichten.

### Der englische Mißerfolg bei Zeebrügge.

Berlin, 25. April. (Antich.) Nach Neuere Meldungen sollen nach England zurückgekehrte Deute der Landungsabteilung des gegen Zeebrügge angelegt gewesen Angreifergeschwaders aufgefahrt haben, daß alle Geschütze, Schuppen und Munitionsvorräte auf dem Hafendamm zerstört und die Schiffsentoren in die Luft gesprengt worden seien.

Diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende frei erfunden. Außer den geringfügigen bereits ausgebelebten Beschießungen in der Hafenverbindung haben die Engländer durch ihre Unternehmung nicht das mindeste erreicht. Es ist nicht eine einzige der auf der Mole befindlichen militärischen Einrichtungen auch nur in Mitleidenschaft gezogen worden. Bis auf die bereits gemeldete leichte Beschädigung eines einzigen Torpedobootes sind auch keinerlei Zerstörungen an irgend einem U-Boot, Torpedoboot oder sonstigen Fahrzeug erreicht worden. Auch an die Schleusen ist der Feind weder mit Sprengungen, noch durch Geschütze herangekommen. Die gesamten Wafeneinrichtungen Zeebrügges sind vielmehr völlig unversehrt und voll betriebsfähig.



Militärfragen im Hauptauschuß.

In der Sitzung vom Donnerstag versuchte zunächst der Leiter der Presseabteilung im Kriegsministerium, Oberleutnant von dem Berg, die Angriffe auf das Kriegspressesamt als unbegründet zurückzuweisen. Die Aufgaben des Amtes seien, die Oberste Heeresleitung mit Material aus der Presse zu versorgen, dann aber auch der heimischen Presse Material zu liefern. Im ganzen würden nur 110 lediglich garnisonsdienstfähige Offiziere dort beschäftigt. — Abg. Weßel forderte, daß die Heere der neutralen Presse gegen die Behandlung der Gefangenen in Deutschland entgegengetreten werde. — Abg. Rebebour fragt, ob es richtig ist, daß in Blandern eine ganze Anzahl deutscher Soldaten infolge der Heberschwammungen umgelommen seien. (Wird durch Zuruf verneint.)

Abg. Scheidemann: Ueber die Tätigkeit des Kriegspressesamtes kann kein Zweifel bestehen, es sei bestritten, die Presse zu einem seßhaften Werkzeug gewisser Kreise zu machen. Die Oberzensurstelle drehe

Jeden Tag einen neuen Ankel

für die Presse. Charakteristisch sei, daß man sogar die Veröffentlichung einer vom Reichstagspräsidenten beschlossenen Resolution unterdrückt habe. Die Militärbehörden machen eine Stimmung nach der anderen und verbieten dann der Presse, darüber zu berichten. Die Vorgänge in den besetzten Gebieten im Osten sind sehr bedenklich, der Krieg darf nicht in einen Erbvertragskrieg umschlagen. Nach allen Nachrichten, die zu uns dringen, haßt das Militär in diesen Gebieten in einer Weise, die nicht zu billigen ist, wie es auch eine große politische Unfähigkeit bedeutet, eine Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen, von der man etwas zu bekommen hofft. In der Ukraine nimmt man direkt die Interessen der Großgrundbesitzer wahr und hat damit bereits den Protest der Masse ausgelöst. Gegen diese Eigenmächtigkeit muß ein Einspruch erhoben werden, wie auch dagegen, daß man deutsche Soldaten als Polizeitruppe verwendet. Auf Veranlassung der Militärverwaltung hindert man die Vertreter der bürgerlichen Kräfte, nach Berlin zu kommen. Mit dem Verbot der Reisen deutscher Abgeordneter in diese Gebiete will man zweifellos einen Meinungsaustausch verhindern. Vertreter Litauens, die in Berlin waren, sind veranlaßt worden, schleunigst wieder abzureisen, angeblich, um an einer Feier in Wilna teilzunehmen, die gar nicht stattgefunden hat. Jetzt aber verweigert man ihnen die Pässe. Man muß verlangen, daß dem Reichstag endlich gesagt wird.

welche Ziele wir in Finnland

verfolgen. Wie steht es insbesondere auch mit den Todesurteilen, die in Belgien von den Militärgerichten gegen Personen gefällt worden sind, die in der Internationale eine Rolle spielen. Redner fordert dann noch genaue Auskunft über den englischen Angriff auf Redbrügge, der Reichstag hat das Recht, die ungeschminkte Wahrheit zu erfahren. — Abg. Gräfe bezeichnet die Verhältnisse in der Ukraine als sehr unerfreulich. Um aber die von der ukrainischen Regierung übernommenen Pflichten sicherzustellen, sei militärische Unterstützung der dortigen Regierung notwendig. Redner meint dann, daß Abgeordnete, die in die besetzten Gebiete reisen, diese Reisen nicht dazu bemühen dürfen, um für ihre Ideen Propaganda zu machen.

General v. Wróblewski sagt andererseits, daß die Regierung der Ukraine nicht die ausreichende Macht hat, um die im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung, uns Getreide zu liefern, durchzuführen. Daraus erklärt sich unser militärisches Eingreifen. Der Rufus des ukrainischen Außenministers, das Land zu bestellen, ist von den Einwohnern nicht beachtet worden, und deshalb ist es notwendig, einen gewissen Zwang auszuüben. Auf die Anfrage Scheidemanns bemerkt er, daß der sozialistische Senator in Antwerpen wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil unterliegt der Bestätigung durch den Kaiser. Der andere Belgier dagegen ist nicht zum Tode verurteilt worden. — Verschiedene Redner der Militärverwaltung äußern sich dann noch über einige Spezialfragen.

Müller-Reinigen: Deshalb ist es verboten, daß Abgeordnete nach dem Osten gehen? In der Ukraine liegt der Fehler daran, daß man unsere dortige diplomatische Vertretung völlig ausgeschaltet hat. Der Erfinder der deutschen Laus, ein gewisser Göbel, ist von Anfang an mit Mißtrauen behandelt worden, jetzt hat er Konkurs anmelden müssen, obwohl man seine Ideen verwendet hat. Diesen Mann darf man nicht hilflos im Stiche lassen. Die Berichte über den Ueberfall auf Redbrügge entsprechen nicht den Tatsachen.

Kriegsminister v. Stein geht auf den Fall Göbel ein. Zu Mitteln zur Ausführung seiner Ideen hat es dem Erfinder nicht gefehlt, aber er hat nichts fertiggestellt.

Admiral Göttinghaus gibt ein Bild von dem Angriff auf Redbrügge.

Es handelt sich bereits um den fünften verheerenden Angriff. Diesmal war das Wetter den Engländern günstig. Auf den Angriff war die deutsche Marine vorbereitet, denn mit einer solchen Möglichkeit mußte dauernd gerechnet werden. Die Engländer kamen unter dem Schutze einer künstlichen Dichtung Redbrügge an. So konnte ein Boot direkt an die Mole kommen, das sofort beschossen wurde. Von den etwa 1000 Engländern kamen nur 40 auf die Mole. Militärische Anlagen sind nicht zerstört worden. Der Angriff wurde relativ abgeschlagen. Wenn Eingang der Mole liegen versenkte Fahrzeuge, aber daß damit die Einfahrt in den Kanal verhindert werden konnte. Die gegen Offense angelegten Fahrzeuge haben ihr Ziel überhaupt verfehlt. Die Durchführung des U-Boot-Regimes ist nicht behindert. Der englische Bericht ist durchaus falsch.

Abg. Göttinghaus bespricht die Angaben über unsere Verluste und polemisiert dann gegen die vertauschten Ausführungen des Oberst-

leutnants Rauth über unsere Nachschubverjorgung. Bei der Briefensur wird geradezu eine Verschwendung mit menschlicher Arbeitskraft getrieben. Die Vorgänge in den östlichen Randstaaten können und nur mit dem Gefühl tiefster Scham erfüllt sein.

Abg. Rostke: In Bessarabien leben 1500 deutsche Offiziere, für die 51 Kasernen bestehen. Beim Friedensschluß mit der Ukraine ist mit keinem Wort von dem Verfahren gesprochen worden, das jetzt angewendet wird. Der Reichstag darf nicht ruhig zusehen, wie ihm die bösesten Suppen eingetrocknet werden. Die öffentlichen Einrichtungen in der Ukraine werden von der militärischen Leitung direkt beschlagnahmt, man bezeichnet es in Anweisungen an die Offiziere zur Instruktion für die Mannschaften als Aufgabe, die demokratischen Einrichtungen zu beseitigen.

Gegen diesen Vortragsstil wenden sich unsere Soldaten. Redner kritisiert dann den Vorschlag, der die Reisen von Abgeordneten nach den östlichen Gebieten verbietet, angesichts der Tatsache, daß Prinz Heinrich von Preußen dort eine umfassende politische Tätigkeit entfaltet. Die Kränkungen eines Soldatensoldaten lassen erkennen, daß den Abgeordneten jeder Einblick verweigert werden soll.

Abg. Scheidemann beantragt nun, die Verfügungen des Generals Eichhorn dem Auschuß vorzulegen. Dieser Antrag wurde von Fortschrittler und Zentrum unterstützt.

Abg. Erberger stellt fest, daß auch Schriften verbreitet wurden, die eine Beschimpfung des Zentrums darstellen. Selbst Offiziere protestieren gegen dieses Treiben. Mit dem Vorgehen in der Ukraine schädigt man direkt das Ansehen Deutschlands. Der Reichstag hat nach der Verfassung das Recht, bei der Vorbereitung von Friedensverträgen mitzuwirken. Der Standpunkt sei unhaltbar, daß ein einzelner Mann das Recht haben solle, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Laufende von Offizieren werden lediglich mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung beschäftigt.

Abg. Rebebour findet, daß unser Vorgehen in der Ukraine geradezu einen Vertragsbruch darstelle. Man hat damit nur erreicht, daß man sich die ukrainischen Landwirte zum Feinde gemacht hat. Woraus beruht das Recht zum Einmarsch in die Krime? Aus Finnland kamen die bedenklichsten Nachrichten vor, wir kommen dort zu den gleichen Verhältnissen wie in der Ukraine.

Abg. Müller-Reinigen beantragt, die Verhandlungen über die Anweisungen des Generals v. Eichhorn nächste Woche in Anwesenheit des Reichsanwalters fortzusetzen.

Abg. Scheidemann schlägt sich diesem Antrage an. Kriegsminister v. Stein hat von diesen Anweisungen keine Kenntnis, will sie aber beschaffen.

Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Die „Instruktion gegen den Reichstag“.

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses hat Genosse Rostke einige Proben des „baterländischen Unterrechts“ in der Armee gegeben, die das härteste Aufsehen erregten. Man beschloß, das vielversprechende Thema in einer Sitzung der nächsten Woche besonders zu erörtern. Es handelt sich um eine Reihe von Anordnungen, von deren Art die folgenden Proben ein Bild geben. Zum Beispiel heißt es darin wörtlich:

„Es gibt nichts Unbildsameres als die Demokratie... Die demokratischen Parteien des Deutschen Reichs, tagt wöchentlicher durch Streikbewegung und Straßen Demonstrationen einen Verzicht auf die Freiheit erzwingen... Das Geld spielt in den demokratischen Ländern die Hauptrolle... Wer heute die demokratisch-internationalen Bestrebungen nicht an der Schwelle zurückweist, der arbeitet für den Feind; der arbeitet nicht für wahre Freiheit und Gleichheit, sondern für die Interessen einer internationalen Gauner-Gesellschaft.“

Das Wort „Parlament“ wird den Soldaten mit „Schwache“ übersetzt. Und in bezug auf das feindliche Ausland werden sie in folgender Weise belehrt:

Frankreichs Revolutions-Formel Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit muß überseht werden mit „Angehörigkeit, Unerschrockenheit, Ansehen ist das Band der Korruptionswirtschaft und der Bestechungen; einwas, was uns rücksichtslos Deutschen (wörtlich) ganz unbekannt ist.“ — Rußland enthält den Finnen, Esten, Letten, Litauern, Polen, Ukrainern die Selbständigkeit vor! „Licht uns Irland für die Iren fordern und erklären, daß wir Irlands Interessen zu den unsrigen machen. Licht uns das Selbstbestimmungsrecht für Ägypten, für Indien fordern. Die Abtreibung Gibraltar an Spanien, Katalas und Korsikas an Italien, des Suezkanals an die Türken. Vor allem müssen wir das Streben der Finnen, der Polen, der Ukrainer nach politischer Unabhängigkeit mit allen Kräften unterstützen.“

Und weiter: „Der 19. Juli 1917 (Tag der Friedensentscheidung des Reichstags) ist für ewige Zeiten eine Blanzleistung deutscher Wädel.“

Daß dieser Katechismusmanus auch in bezug auf die Kriegsziele mit seinen Soldaten aufs ganze geht, versteht sich nach allem von selber.

„Im Osten geben uns Rußland, Litauen und weite Gebiete Polens das nötige Siedlungsland für deutsche Bauern... Im Westen und Osten müssen wir die wichtigen Kohlen- und Eisenerz-Gebiete behalten... Vor allem aber müssen wir die Herrschaft über die flandrische Küste festhalten.“

Das Heft ist dem Kriegsausschuß am Donnerstag vorgelegt worden. Er erklärte, von dessen Vorhandensein nichts zu wissen. Der Abgeordnete Erberger konnte demgegenüber darauf aufmerksam machen, daß er dieses Heft und ein zweites ähnlichen Kalibers vor etwa vier Wochen schon dem Kriegsministerium unterbreitet habe!

Auch für das Jahr 1918 soll, der gesetzlichen Ermächtigung entsprechend, von der Neuauflage der Gemeindevollstreckungsliste abgesehen und bei Wahlen die Liste von 1917 zu Grunde gelegt werden.

Mit Wirkung vom 1. April d. J. ab sollen die von der Stadt gebührenden Teuerungszulagen und Kriegszulagen der steigenden Teuerung entsprechend erhöht werden. Der jährliche Aufwand dafür berechnet sich nach den neuen Sätzen auf 11,3 (bisher 7,5) Millionen Mark, wovon 0,8 auf die Zulagen, 1,5 auf die Pensionen und Zuschüsse entfallen. — Stadtv. Bräuner (Soz.): Daß der Magistrat unserem Wunsch vom 24. März so schnell nachgekommen ist, erfüllt uns mit Bewunderung. Bedauern müssen wir, daß die schon längere Zeit beschäftigten, die nicht als festangestellte Beamte angesehen werden, wiederum leer ausgehen sollen. Die Zulage von 15 M., die der Magistrat den nicht ständigen Bureauhilfskräften gewährt, bleibt mit ihren 50 Pf. pro Tag auch hinter den allerbedeutendsten Ansprüchen zurück. Wir beantragen, diesen Hilfskräften, wenn sie schon vor dem Kriege beschäftigt waren und ihre Beschäftigung als dauernde ansehen, die Zulage für die Beamten gleichmäßig zu gewähren. — Stadtv. Klinge (H. Soz.) beantragt, daß die Pensionempfänger eine Erhöhung von 30 auf 40 Proz. (statt auf 50, wie der Staat und die Nachbargemeinden sie gewähren) erfahren sollen. Er hält eine einheitliche Teuerungszulage für alle Beschäftigten für notwendig. — Stadtrat Dr. Franz: Die städtischen Bureauhilfskräfte haben schon einmal eine Zulage von 80 Pf. erhalten. Diejenigen, die bereits 6 Jahre an derselben Stelle beschäftigt sind, sollen die Teuerungszulage erhalten. — Stadtv. Bräuner: Damit wird eine Zulage zurückgenommen, die im Ausschuss gemacht war; im Ausschuss war von „an derselben Stelle“ nicht die Rede. — Stadtrat Dr. Franz: Im Ausschusse ist nur das erklärt worden, was ich soeben wiederholt habe.

Die Magistratsvorläge werden angenommen, der Antrag Bräuner bleibt in der Widerheit.

Von der Verteilung des Magistrats betr. die Erhöhung der Vergütung für die Hilfskräfte um 16 M. monatlich wird Kenntnis genommen. Die Stadtv. Bräuner (Soz.) und Klinge behalten sich vor, bei der Beratung des Antrags Vorbehalte auf ihre weitergehenden Wünsche zurückzulassen.

Für schwer- und schwachsinige Kinder ist die Einrichtung von Sammelklassen getroffen worden, von denen drei aus Ostern 1917, weitere drei zum 1. April 1918 an sechs Waisenschulen eingerichtet worden sind. Dem einseitigen Bedürfnis ist damit genügt.

Von den Stadtv. Dr. Rosenfeld (H. Soz.) und Dr. Anauer wird der städtischen Verwaltung die Anerkennung für die neue Einrichtung ausgesprochen, über deren Organisation und Wirksamkeit Stadtschulrat Dr. Fischer und namens der Schulleitung Stadtschulrat Dr. Sellenbach nähere Auskunft geben. — Stadtrat Bräuner, der sich der Anerkennung anschließt, weist den Gedanken an, für diese Kinder erst eine eigene Internatschule zu erbauen, da die Eltern der Unterbringung in Dalldorf wegen der Kosten und auch aus anderen Gründen abgeneigt sind.

Groß-Berlin

Der Straßenbahnvertrag im Zweckverband.

Neben den neuen Straßenbahnvertrag hatte gestern der Zweckverband Groß-Berlin durch Beschluß der Vollversammlung zu entscheiden. Der Vorsitzende Oberbürgermeister Wermuth-Berlin wies auf den Wechsel in der Verbandsführung hin. Er gebähe des bisherigen Verbandsdirektors Steiniger mit Dank, sprach von der Zeit für den Verband anhebender „neuer Zeit“, in der „das Gemeinwohl Groß-Berlins durch die Opferwilligkeit der Einzelgemeinden gehoben“ werden soll, und ließ als „den besten Arbeiter an solchem Werk“ den neuen Verbandsdirektor Fischel willkommen heißen. — Aus dem Sonderauschuß, dem die Tarifangelegenheit abzuwickeln worden war, berichtete Stadtrat Loehning-Berlin. Der Ausschuss empfahl, unter Aufhebung des früheren gegen eine Fahrpreiserhöhung sich ausdrückenden Beschlusses der Vollversammlung den im Entwurf vorgelegten neuen Straßenbahnvertrag anzunehmen, der die bekannte Fahrpreiserhöhung bringt. Diesen Vertrag nannte Stadtrat Loehning ein der bedeutendsten Werke aus den bisherigen Arbeiten des Zweckverbandes, weil hier zum erstenmal die Groß-Berliner Gemeinden zu gemeinsamen Wirken gegen die Interessen des Großkapitals zusammengefaßt würden. Erreicht werde ein Einheitspreis von 12 1/2 Pf. die Vereindeilung aller Verkehrsbeziehungen des Verbandes und seiner Glieder zu den Straßenbahngesellschaften und vorausichtlich auch die Auseinanderlegung des Verbandes mit den Einzelgemeinden im Sinne der von Berlin durch Verzicht auf wertvolle Rechte gegebenen vorbildlichen Haltung. Widerstandstatter Stadtrat Wanz-Kreuzfeld betonte, zwischen Verband und Gesellschaften komme jetzt ein Vertrag zustande, der beiden Teilen ihr Recht gewähre. — Gegen den Vertrag erklärten sich die Sozialdemokraten der Zweckverbandsverwaltung, Stadtratsmitglied Genosse Heilmann-Berlin bedauerte, daß in der Tariffrage sich eine Wandlung der Anschauungen vollzogen habe. Genügen würde ein 11-Pfennig-Tarif, bei dem die Gesellschaften die durch Verkehrs- und Kohlenpreisen entstehenden Ausgaben decken könnten und noch ein Mehr an Gewinn einheimsten. Jetzt aber wolle der Verband ihnen gegen keine Zugeständnisse einen für sie geradezu glänzenden Vertrag bewilligen, der mit seinem 12 1/2-Pfennig-Tarif den Aktionären ein Millionenvermögen mache. Der Vertrag beseitigt leider den Anteilgeber, zu dessen Einführung früher die Gesellschaften selber bereit waren. Verteuert werden auch die Arbeiterwochenlöhne, trotz der früheren Zusicherung, daß sie davon verschont bleiben würden. Eine dem Personal schon jetzt gegebene Dienstvermehrung läßt befürchten, daß die Fahrpreise für Arbeiter einen besonderen Nachteil werden bezahlen müssen. Die Straßenbahndirektion hat die Tarifangelegenheit mit der Lohnfrage vermischt, aber dem Verband wird kein Einfluß auf die Höhe der Löhne ausgedehnt. Heilmann erklärte an, daß der Vertrag manche Verbesserung bringt. Der Verband habe aber gegenüber den Straßenbahngesellschaften keine Macht nicht so genügt, wie es nötig und möglich gewesen wäre. — Demgegenüber präs. Kommerzienrat Haberland-Kreis leitete den Vertrag als „ganz ausgezeichnet“. Auch Stadtratsmitglied Cassel-Berlin erklärte ihn für durchaus annehmbar. Oberpräsident von Voßbeil äußerte Freude über das „Gelingen des Werkes“. Die Vorarbeit habe der frühere Verbandsdirektor Steiniger geleistet, der Anerkennung verdien. Der Oberpräsident werde die Arbeit des unter anderem dem Amt ausretenden neuen Verbandsdirektors nach Kräften fördern. Verbandsdirektor Fischel erwiderte, es werde sein ernstes Verlangen sein, den Erwartungen nachzukommen. Er wolle den Geist der Groß-Berliner Gemeinschaft und des gegenseitigen Vernehmens pflegen, der schon in dem Vertragsentwurf zum Ausdruck komme. Auf das vom Stadtratsmitglied Schachtel-Wittenberg vorgebrachte Bedenken, daß der Widerstand einer einzigen Gemeinde den Vertragsabschluß stören könne, antwortete Verbandsdirektor Fischel, bereits seien von 22 Gemeinden schriftliche Zusicherungen eingegangen. Weil nach den Magistraten noch die Stadtratsmitgliederversammlungen zu entscheiden haben, forderte ein Antrag Schachtel, die Beschließung des Verbandes zu vertragen. Er wurde abgelehnt. — Die Abstimmung über den Vertrag ergab seine Annahme mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Um die Teuerungszulagen.

Stadtratsverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtratsverordnetenversammlung wurde gestern von sozialdemokratischer Seite wieder die stiefmütterliche Behandlung der in den Bureaus der Stadt beschäftigten Hilfskräfte zur Sprache gebracht. Im Anschluß an die Magistratsvorlage über die Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte beantragte die sozialdemokratische Fraktion, der Magistrat solle auch den schon vor dem Krieg beschäftigt gewordenen Hilfskräften, sofern ihre Beschäftigung dauernd war, die Zulage der Angestellten gewähren. Manche dieser Hilfskräfte sind, wie Genosse Bräuner hervorhob, schon bis zu zehn und mehr Jahren im Dienste der Stadt tätig, aber dennoch werden sie als angeblich „nicht ständig Beschäftigte“ gegenüber den dauernd Angestellten hinsichtlich der Teuerungszulage benachteiligt. Daß einer mindestens fünf Jahre hindurch „an derselben Stelle“ beschäftigt gewesen sein muß, um als „ständig Beschäftigter“ zu gelten und dann die Teuerungszulage der Angestellten zu erhalten,

das sollte man kaum für möglich halten, aber Stadtrat Franz versicherte es. Für den Antrag unserer Genossen erhob sich bei den Freisinnigen — keine Hand! Er war abgelehnt.

Der Jugendlosgeld vorgeschlagen, die sich unter der Schutzjugend, besonders der höheren, seit Kriegsausbruch in steigendem Maße geltend macht, will der Magistrat den Lehrern und Schülern Anwesenheiten ausstellen, die gleichzeitig eine Wohnung und einen Schutz bieten sollen. In der Debatte wird diese Maßnahme als unzureichend bezeichnet und die Vertragung des Jugendamts gefordert. Stadtv. Bräuner weist noch speziell auf die wenig erproblichen Maßnahmen hin, die die Beseitigung der Schutzjugend an der öffentlichen Gemeinlichkeit auf den Straßen gebracht habe. Neben den polizeilichen Maßnahmen seien auch pädagogische nötig. — Stadtv. Dr. West hält dafür, daß die Stadt bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig werden solle, die Schutzjugend von dieser öffentlichen Verkehr- und Schmutzverbreitung auszuschließen. — Stadtv. Cassel (Küster) will die Behauptung, daß eine allgemeine Verdrückung plötzlicher habe, nicht gelten lassen, weist auf den Ausdruck „Schmutzverbreitung“ als durchaus unangebracht zurück.

Es wird die Abweisung des Gegenstandes beschlossen, da nach Mitteilung des Stadtschulrats Dr. Reimann die Angelegenheit bereits dem Jugendamt vorliegt.



**Ordnungsliste.**

Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit: Nach dem bisherigen Ergebnis der Vorarbeiten für die endgültige Fertigstellung der Ordnungsliste scheint die Zahl derjenigen Verbraucher, die keine Aufnahme in eine Kundenliste gefunden haben, nur etwa 5 Prozent zu betragen. Die Unterbringung wird in Kürze erfolgen können, sobald der Gesamtüberblick erlangt ist. In diesem Zweck wird denjenigen Verbrauchern, die bisher weder in eine Kundenliste eingetragen sind, noch ihre Grund- und Ausweisliste ihrer Wohnsitzgemeinde zurückgegeben haben, eine letzte Frist bis Montag, den 29. April, gesetzt, bis zu deren Ablauf sie die grünen Bescheinigungen (Grund- und Ausweisliste) der Kohlenstelle Groß-Berlin durch Einschreibebrief oder persönlich abzuliefern haben.

Mit der Einziehung des Aufpreises für vielverbraucht Gas wird, wie der Kohlenverband Groß-Berlin mitteilt, nunmehr begonnen werden.

Ein Ei kann auf Abschnitt 41 der Eierkarte vom 20. April bis 4. Mai abgegeben und entnommen werden.

Schulruf. Anlässlich des glänzenden Ausfalls der 8. Kriegsanleihe fällt auf Befehl des Oberkommandos am nächsten Montag in den Schulen Berlins und der Provinz Brandenburg der Unterricht aus.

Nachtspieler. Einmal. Rania Tsakowa und Bernd Alder haben in dem L. d. Die tschische Geschichte des Baroness Lorentz, die Hauptrollen inne. Eine Komödie „Nach dem Operndahl“ von Gerhard Danmann und der IV. Teil der großen Schlacht im Westen vervollständigen das Programm.

Drei Personen bei einer Gasexplosion getötet. Eine verhängnisvolle Gasexplosion hat sich in der Nacht zum Mittwoch in der Rainer Straße 17 in Lichtenberg ereignet. Im Erdgeschoss des Duergebäudes des genannten Hauses wohnt eine 80 Jahre alte Frau Marie Brandt mit zwei Söhnen im Alter von 5 und 6 Jahren und einem erst einige Tage alten Säugling. Gegen Mitternacht wurden die Bewohner des Duergebäudes durch einen furchtbaren Knall aus dem Schlaf geweckt. Die Ursache der Erschütterung wurde alsbald in der Brandstiftung Wohnung ermittelt. Als Nachbarn in die Wohnung einbrachen, fanden sie Frau Brandt im Nachtgewand leblos am Boden liegend im Schlafzimmer auf, das vollständig mit Gas angefüllt war. Im Bett lagen die beiden Anaben, die ebenfalls kein Lebenszeichen mehr von sich gaben. Samariter der Feuerwehrestellen stundenlang Wiederbelebungsversuche an, doch war sowohl bei der Mutter wie bei den 5 und 6 Jahre alten Anaben der Tod durch Gasvergiftung bereits eingetreten. Der Säugling konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden. Der Ehemann Brandt steht im Felde. Die Ursache der Explosion ist in einer Beschädigung der Gasleitung unterhalb der Decke zu suchen, durch die das Gas ausströmte. Frau B., die infolge des Gasgeruchs in der Nacht aufgewacht war, hatte ein Streichholz entzündet und dadurch die Explosion verursacht, die auch die Zimmer-einrichtung in Brand setzte.

Zu dem Nordgericht in der Steinfeste wird mitgeteilt: Die Leiche der Frau Walbow wurde gestern dem Gerichtsarzt übergeben. Nach einem vorläufigen Gutachten sind die Verletzungen nicht tödlich. Die Frau ist wahrscheinlich an dem Genuß des Spiritus im Zusammenhang mit den Schlägen, die sie erlitt, gestorben. Der Schmeide-Ernt ist noch nicht ermittelt.

**Die Neuköllner Stadtverordnetenversammlung gegen die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft.**

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gab Justizrat Abraham namens der Vorstände aller Fraktionen folgende Erklärung ab: „Aus Anlaß der Durchsuchung des Rathauses, die die wüstensten Gerüchte innerhalb unseres Ortes geseitigt hat, sehen sich die Vorstände der drei Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gezwungen, ihren Mitgliefern die nachstehende Erklärung zur Annahme zu empfehlen: Die Versorgung der Neuköllner Bevölkerung war im vergangenen Jahre so mangelhaft, daß wiederholte Mißbilligungen unter der Bevölkerung entstanden. Es kam eine von Tag zu Tag sich mehrende Unruhe in die Kreise der Rinderbesitzer. Es fanden unter den fortgesetzten Ausrufen: „Wir haben Hunger!“ Anläufe von Frauen und Kinder statt. Es entstanden Aufmärsche vor und im Rathaus und man schrie sogar nicht davor zurück, in die Amtsräume von Magistratsmitgliedern einzudringen und zu Tätlichkeiten überzugehen. Es tauchte die Gefahr auf, die Volkswirtschaft zu mißfallen, und in diesen Augenblicken höchster Not, in denen das Leben und die Gesundheit zahlreicher Angehöriger der Gemeinde gefährdet erschien, hat gleichsam aus einem Notstande heraus der Lebensmittelaußenstand der Kriegsnotstands-Kommission, insbesondere auch, weil wiederholte Vorstellungen um bessere Belieferung bei den Reichsbehörden vergeblich waren, den Verkaufsfahrt, unter welchen Umständen auch immer Lebensmittel zur Verringerung der Not zu beschaffen. Das war aber bei dem Wettbewerbe aller gegen alle nur angängig, wenn auch wir Einkäufe über den Höchstpreis tätigen. Die Waren sind, bis auf den an die Rüstungsindustrie gelangten Teil, an die Verbraucher nur zum Höchstpreis abgegeben worden, und sind dadurch sehr erhebliche Zuschläge der Gemeinde erforderlich gewesen. Wir erwählten Vertreter der Bürgerchaft erklären und einmütig mit dem Vorgehen der Kriegsnotstands-Kommission einverstanden sind und eruchen den Magistrat, insbesondere dessen Leiter, im Kampfe um das Wohl der Gemeinde nicht zu verzagen und noch wie vor bemüht zu bleiben, bei den maßgebenden Behörden dahin vorstellig zu werden, Mittel und Wege zu suchen und zu finden, um den Vertretern der Gemeinde die Ruhe zur Arbeit wiederzugeben, die für eine gedeihliche Fortentwicklung unseres Gemeinwesens unbedingt notwendig ist.“

Im Anschluß an diese Erklärung — fuhr Justizrat Abraham fort — glaube ich im Sinne der gesamten Versammlung zu sprechen, wenn ich die Vereitlichkeit der Versammlung dazu ausspreche, gemeinsam mit dem Magistrat in Erwägung darüber eintreten zu lassen, welche Stellung wir gegenüber dem weiteren Verfahren einnehmen wollen. Wenn zunächst auch nur Mitglieder des Magistrats und städtische Beamte durch die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft in Unbequemlichkeiten gekommen sind, so hat doch auch bereits die Kreise der ebenmäßig tätigen Gemeindeglieder eine nicht zu unterschätzende Unruhe befallen, und man hört jetzt bereits vielfach sagen, daß wenn es überhaupt möglich ist, Männer, die aus edlem Herzen und in gutem Glauben, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen, der Verfolgung auszuweichen, daß es dann besser ist, sich so schnell als möglich von einer noch so liebgeordneten Tätigkeit zurückziehen und die weitere Arbeit denen zu überlassen, die da glauben, zum Wohle der Gemeinde besser zu sorgen. (Lebhafte Beifall.)

Zum besoldeten Stadtrat wurde Beigeordneter Brunn mit 64 Stimmen gewählt. Ein Zeitel war unbeschrieben.

Neukölln. Lebensmittel. Vom 26. April bis 2. Mai dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren (Griech. Graupen usw.) erfolgt ist, auf den Abschnitt 23 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neukölln 230 Gramm Weizen griech abzugeben und entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm Weizen griech 32 Pf. Die Kleinhändler haben dies sofort durch ein von der Straße aus sichtbares Plakat anzudeuten. — In den städtischen Verkaufsstellen gelangen unter anderem folgende Waren zum Verkauf: Nährbrot, je Pfund 2,35 M., Suppe Agnes, je Stck 0,15 M., Suppe Korda, je Stck

0,35 M., Bräuhwürfel, 8 Stck 0,10 M., Salz, pro Pfund 0,15 M., Knochenbrühwürfelmasse, pro Pfund 2,85 M., Fleischkonerven (Bildlankinchen) pro Dose 5 M., Meerrettich, pro Pfund 0,75 M., Koffein, pro Stck 10 M. Der Verkauf findet an Neuköllner Einwohner ohne Beschränkung statt. — Der Verkauf von Erzeugnissen gegen Entnahme des Abschnitts 103 der Neuköllner Warenbezugsliste wird am 30. April geschlossen, und verliert der Abschnitt 103 sodann seine Gültigkeit. Vom 1. Mai ab gilt ein neuer Kartenabschnitt, dessen Nummer demnächst bekanntgegeben werden wird.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte am Mittwoch eine Reihe von Vorlagen, darunter die betreffs Erhöhung des Honorars für die ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien und betreffs Aufstellung und Auslegung der Gemeindegewählertlisten für das Jahr 1918. Hiernach soll von einer Neuaufstellung wiederum abgesehen und entsprechend dem Gesetz über die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer etwaigen Erziehungswahlen die Liste des Jahres 1914 zugrunde gelegt werden. — Eine längere Debatte rief die Vorlage betreffs Neuordnung der laufenden Kriegsteuerzulagen hervor. Die Vorlage bringt für alle Beamten eine Aufbesserung von durchschnittlich 300 M. jährlich, während der Kriegszulagenschlag für die städtischen Arbeiter, die laufende Kriegsteuerzulagen beziehen, mit Wirkung vom 1. April um 5 Pf. die Stunde und um rund 140 M. jährlich erhöht werden soll. Ein von dem Genossen Dr. Vorwardt begründeter Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Zuschläge für die Arbeitsstunde um 10 Pf. statt um 5 Pf. zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, nachdem Bürgermeister Dr. Raier ausgeführt hatte, daß die städtischen Arbeiter sich heute verhältnismäßig besser stellen als die städtischen Beamten. Dagegen trat der Magistratsbevollmächtigter der weiteren sozialdemokratischen Anregung auf Erhöhung der Steuerzulagen für die Hilfskräfte bedingungslos bei. Die Vorlage gelangte nun verändert zur Annahme. — Die Vorlage betr. Beteiligung an der gemeinnützigen Gesellschaft m. b. H. Hausrat wurde nach kurzer Debatte an den Ausschuß zurückverwiesen, der nachdem Schöneberg und Wilmersdorf ein gemeinsames Vorgehen mit Charlottenburg abgelehnt haben, prüfen soll, ob nicht Charlottenburg selbstständig gegen die Mißbilligung vorgehen könne. Die festgesetzt ist, befaßt sich die Zahl der Kriegsteuerungen in Charlottenburg bereits auf 4500, wovon etwa ein Drittel auf kriegsunterstützte Familien entfällt. Angenommen wurde weiter die durch den neuen Straßenbahntarif bedingte Vorlage, wonach Charlottenburg auf alle Entschädigungsansprüche gegen den Verband Groß-Berlin aus der durch den neuen Vertrag herbeigeführten Änderung ihrer Vertragsrechte verzichtet. Endlich nahm die Versammlung noch einen Dringlichkeitsantrag betr. Erleichterungen bei der bevorstehenden Metallenteignung einstimmig an.

Weißensee. Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 25., bis Sonnabend, den 27. d. M., findet hier die Ausgabe von Räte statt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 225 Gramm Rindfleisch oder Rindfleisch. Die Entnahme des Rates muß in dem Geschäft stattfinden, in welchem der Inhaber der Lebensmittelkarte sich zum Bezuge von Rindfleisch angemeldet hat. Anspruch auf eine bestimmte Sorte kann niemand erheben.

Reinickendorf. Lebensmittel. Für diejenigen Einwohner des Westbezirks, die auf Abschnitt 10 keine Maxmelade erhalten konnten, wird je 1 Pfund Rindfleisch (75 Pf.) verteilt.

Brig. Röhrgewerkschaft. Bei den unten aufgeführten Kleinhändlern können für Brüder Einwohner, die im Besitze einer Lebensmittelkarte für drei und mehr Personen sind, in der Zeit vom 25. bis 30. April in die ausliegenden Kundenlisten eingetragen. — Namen der Kleinhändler: Bräule, Wilhelmstr. 1; Jacobi, Chausseestr. 35a; Wäntzer, Chausseestr. 71; Baum, Chausseestr. 53; Könnig, Chausseestr. 97; Jahl, Bürgerstr. 2; Leewis, Jahnstr. 48; Schaller, Germania-promenade 6; Weik, Hammannstr. 22; Voelke, Hammannstr. 35; Klein, Rudower Str. 97.

Kowalew. Eierverteilung. Auf Abschnitt 18 der Eierkarte findet die Ausgabe von Eiern statt. Die Karteninhaber müssen den Abschnitt 18 noch heute bei dem Kleinbändler abgeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Auf den Kartenabschnitt entfällt 1 Ei zum Preise von 41 Pf. Die Ausgabe findet vom Dienstag, 30. d. M., ab statt.

Verkauf von Marinaden (Ossfordlinen und Fettbieringe) findet am heutigen Freitag in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises statt: Winkel Nr. 8035—4335, Frommert 1701—2400, Müller 2306—3005, Ziegner 1701—2400, Rudow 1701—1898 und 3001—3600.

**Groß-Berliner Parteinachrichten.**

**Sonntag, Stadtverordnetenwahl!**

Berlin 4. Am Sonntag findet im 16. Kommunalwahlbezirk die Erziehung für den verstorbenen Genossen Emil Vasner statt. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist der Genosse Paul Pirsin.

Parteiengenossen, nutzt die kurze Zeit bis Sonntag noch zu recht eifriger Agitation für unseren Kandidaten aus.

**Frauenversammlung.**

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, im großen Saale des Lehrer-Vereinshauses, Alexanderstr. 41, eine Frauenversammlung stattfindet.

Tagesordnung: Die Frauen und das Wahlrecht.

Rednerinnen: Marie Juchacz-Berlin, Marie Stritt-Dresden, Elise Aders-Schöneberg.

Eintrittskarten sind noch bei den Funktionären der sozialdemokratischen Vereine erhältlich.

**Der Bezirksvorstand.**

Spandan. Der für heute angelegte Vortragsabend, in dem über Preussisches Wahlrecht gesprochen werden sollte, kann nicht stattfinden. Die Polizeibehörde hat die Veranstaltung verboten.

**Gerichtszeitung.**

**Wieder ein jugendlicher Mörder!**

Unter der Anklage des Mordes, des versuchten schweren Raubes und des unbefugten Waffentragens stand gestern der 17-jährige Russländer Kurt Drachholz aus Charlottenburg vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III. Der Angeklagte, dem Rechtsanwalt Behn als Verteidiger zur Seite steht, ist der Sohn eines Schmiedemeisters; er lernte zuerst als Mechaniker, erhielt später Beigamterrecht in Oberschöneweide und hat dann selbst Geigenunterricht gegeben, auch in Kinolapellen mitgewirkt. Infolge des Krieges haben sich seine Einnahmen stark verringert, so daß er sich in Geldverlegenheit befand. Er trug eines Tages seinem Vater 375 M. und trieb sich umher. Auf der Straße lernte er die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Anna Arzjaminski geb. Hammer, die von ihrem Manne getrennt lebt, kennen und ging mit ihr in deren Wohnung. Die A. hatte in der

Tourbillonstr. 10 in Charlottenburg bei der Frau Kowalew ein Zimmer abgemietet. Bei einem anderen Besuch bei der A. hatte Drachholz Kenntnis davon erhalten, daß sie nicht nur ein Sparfassenbuch, sondern auch eine größere Summe baren Geldes besaß. In ihm reiste der Plan, die A. zu töten und zu berauben. Er kaufte sich einen Klittardolch mit Hirschhorngriff, und diese Waffe trug er bei sich, als er die A. am 28. November in der Nacht besuchte. Er steckte den Dolch unter das Kopfkissen und wartete den Morgen ab. Dann holte er den Dolch hervor und brachte der A. zwei Stichwunden in der Brust bei, so daß die Schwerverwundete blutend zu Boden fiel, aber noch soviel Kraft hatte, um den Versuch zu machen, Hilfe herbeizuholen. Der Verbrecher suchte sich, nur notdürftig bedeckt, so schnell als möglich in Sicherheit zu bringen. Die A. wurde von ihrer Wirtin in ihrem Kiste vorgefunden, konnte nach Angaben über das Geschehene machen und verstarb dann. Der Angeklagte wollte sich angeblich bei Bichselberge ins Wasser stürzen, doch brachte ihn die Begegnung mit einem Freunde schnell von diesem Plan ab und er zog es vor, mit dem Freunde in dessen Wohnung zu gehen und seine Gastfreundschaft zu genießen. Abends war er schon wieder so weit beruhigt, daß er insbende war, in ein Kino zu gehen und sich dort bei einem Lustspiel zu amüsieren. Die bei der A. in der Kiste zurückgelassenen Bekleidungsstücke führten auf die Spur des Angeklagten, der dann bald in der Wohnung seines Freundes, wo er nächtigte, verhaftet wurde.

Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, dem Vertreter der Presse aber das Verbleiben im Saale gestattet. — Der Angeklagte erklärte sich nur insoweit schuldig, daß er die Arzjaminski getötet habe. Er habe dieser vorgerechnet, daß er bei dem Theater angestellt und verdiene monatlich 280 M. Dementsprechend hat die A. dem jungen Menschen auch hohe Summen für das Nachtquartier abgenommen. Er sei schließlich darüber so erdost gewesen, daß er angeblickt, um ihr Unannehmlichkeiten zu bereiten, beschloß er, sich selbst in dem Zimmer zu erschlagen — eine Angabe, deren Unwahrscheinlichkeit der Vorsitzende dem Angeklagten klar machte. Bei keinem Summenleben in Berlin hat der Angeklagte den dem gestohlenen Geld täglich fast 100 M. verbraucht, so daß ihm nur noch ein kleiner Rest übriggeblieben war. In der letzten Nacht, wo er wieder bei der A. war, will er von seinen Eltern getrennt haben, die Sehnsucht nach Hause sei über ihn gekommen, er habe sich aber gesagt, wenn er nach Hause komme, werde man von ihm das gestohlene Geld zurück verlangen, und da ihm der Gedanke gekommen, die A. durch einen Stich in die Brust bewußlos zu machen und ihr das Geld wieder abzugeben.

Der Freund des Angeklagten, der 10-jährige Mechaniker Müller, schilderte den Angeklagten als immer verschlossenen Menschen, der seine eigenen Wege ging. Als ihn der Zeuge nach der Tat traf und sich über seine Kleidung wunderte, erzählte er ihm eine Geschichte, wonach er bei der A. genächtigt habe und gegen Morgen plötzlich eine schattenhafte Gestalt gesehen und zu seinem Entsetzen bemerkt, daß die A. von der dunklen Gestalt gestochen wurde, so daß das Blut auch ihn bespritzt habe. Vor Entsetzen sei er so schnell als möglich entflohen, wobei auch die Furcht ihn getrieben habe, daß der Verdacht der Täterschaft auf ihn fallen könnte. Erregt war er nicht, so daß der Zeuge gar nicht auf den Gedanken kam, einen Mörder vor sich zu haben. Dagegen war er sehr müde, hungrig und erkroten. Der Zeuge hat ihn dann mit nach Hause genommen. Als in der Zeitung die Mordtat berichtet und gesagt wurde: „man sei dem Mörder auf der Spur“, erklärte der Angeklagte: er würde erst dann wieder nach Hause gehen, wenn sie den Mörder haben. Abends ist er noch ins Kino gegangen und hat dort mehrmals geschaut.

Medizinalrat Dr. Störmer erklärte, daß der § 51 St.G.B. nicht anwendbar sei. Dreifach ist der Angeklagte aber als minderwertig zu bezeichnen. — Der Vater des Angeklagten bestätigte dem Verteidiger, daß sein Sohn im allgemeinen ein gutmütiger Mensch sei. Der Direktor des Konseratoriums, Zeuge Hutschenreiter, bezeichnete den Angeklagten als einen sehr talentvollen russischen Schüler. Nestor Riedel bezeugte aus den Schulzeugnissen des Angeklagten, daß dieser im Betragen schwankend und etwas heuchlerisch veranlagt gewesen sei, sein Fleiß sei als mangelhaft und ungenügend zu bezeichnen. Auf sämtliche übrigen Zeugen wurde verzichtet.

Das Urteil lautete auf 9 Jahre und 2 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 8 Monaten und zwei Wochen Untersuchungshaft. Das Gericht hielt den Angeklagten des Mordes und des versuchten schweren Raubes sowie des unbefugten Waffentragens für überführt, rechnete ihm aber seine Rinderwertigkeit als strafmildernd an.

Kriegs- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G.) Hamburg. Filiale Baumjuleweg. Am Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Döde, Baumjuleweg 67: Mitgliederversammlung.

Der Arbeiter-Schwimmverein Neukölln veranstaltet am kommenden Sonntag im Stadtbad Neukölln sein drittes Kriegsschwimmfest. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges und bringt neben Kinder-, Männer- und Frauenwettbewerben Springen, Tanchen, Stafetten, Damenreigen, Wasserballspiel u. a. Beginn pünktlich 3 Uhr.

**Briefkasten der Redaktion.**

- N. Nr. 100. Artikelgeld kann bei Bedürftigkeit gewährt werden. Der Antrag ist bei der Gemeindebehörde einzureichen. — Watrose W. Sie würden dann zum überörtlichen Heeresdienst einberufen werden. — St. R. Sade. Die Firma ist zur Rückzahlung des eingeländerten Betrages verpflichtet. Sie können den Betrag durch Zahlungsbefehl einfordern. — M. S. 100. Sie möchten das Postfach für die 14 Tage beim zuständigen Amtsgericht einlagern. — G. T. 389. 1. Sie sind zur Zahlung der Alimente vom Tage der Entlassung an verpflichtet. 2. Die Nachzahlung kann sofort verlangt werden. 3. Die Gemeinde Hannover kann die Unterstützung zurückverlangen. Es würde sich wohl empfehlen, der Gemeinde nochmals Mitteilung von Ihrer Entlassung zu machen. — Neuwandlow 10. Auch die Staatsunterstützung kann entzogen werden, wenn Bedürftigkeit nicht als notwendig erachtet wird. Demaster. A. — Bränge. 1. Eigelung kann durch den Hauswirt erfolgen. Da Sie aber allein den Betrag unterschrieben haben, kann Eigelung gegen Kündigung nur an Sie gerichtet werden. 2. Das geschieht durch beglaubigte Anträge. — H. 2000. Der Käufer gilt als Eigentümer. Ihm ist die Hypothek zu kündigen. — August 1918. Die Schulddeputation hat das Recht dazu. Vielleicht können Sie durch ein Gesetz die Entlassung des Sohnes bewirken. — Otto. Rein. — G. T. 3. Ein solches Gesetz mühte an das Generalkommando gerichtet werden. Die Einziehung eines ärztlichen Attestes wäre jedenfalls von Vorteil. — S. 50. 1. Der Lohnabzug ist sehr hoch, Sie könnten dagegen Beschwerde einreichen. 2. Ja. 3. Beim Vollstreckungsgericht. — H. 100. Entzieht sich unserer Kenntnis. — Schnitz. Ihre Frau muß vom hiesigen Polizeipräsidenten einen Pass haben und vom dortigen Festungsbeamten die Erlaubnis zur Jurerei. — S. S. 32. Ja. — G. W. 40. Da der Unfall auf dem Wege zur Arbeitstätte erfolgte, wird Entschädigung nicht gezahlt. — Z. D. 19. Sie haben Anspruch auf Altersrente, wenn die Wartgeld erfüllt ist, vom Monat April an. — H. D. 5. 1. Ja, nur Sanitätsdienst nicht. 2. Rein. 3. Verfügungen werden darüber erlassen sein, die hier aber nicht öffentlich bekannt. 4. Wahrscheinlich nicht, weil Sie 1. a. sind. 5. Ja. — Treddener Landsturmnummer 100. 1. Wir können aus Ihrer Darstellung unmöglich ersehen, ob Sie bestraft werden können oder nicht. Das wird sich bei der gerichtlichen Untersuchung ergeben. Ihren Wunsch um Verlegung nach einem anderen Truppenteil muß nicht Folge geleistet werden. 2. Sie haben natürlich keinen Anspruch gegen die Polizeibehörde auf Schadenersatz. — Vorst. Den Schaden müssen Sie leider tragen, nicht der Kamerad. — R. G. 28. Kaninchenfelle sind beschlagnahmt und müssen an Händler oder Fellsammler abgegeben werden. — Charlottenburg. Darüber ist und auch nichts Näheres bekannt. Schreiben Sie einen Drohbrief. — G. S. 57. Bedenken Sie sich an die Versicherungs-Vereinschaft Volksfürsorge, Berlin SO 16, Engelauer 18 III. — W. M. 80. Rein

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Sonntag mitrag. Teilweise über vorwiegend heiter und trocken, milder meistlich veränderlich, öfter etwas Regen und stichweise Gewitter, am Tage überall ziemlich warm.



Die grüne Maki.

Von Wilhelm Scharrelmann.

Die grüne Maki! Die schönsten Tage meiner Kindheit fliegen wieder vor mir auf, wenn ich an sie denke, die Tage der ersten Frühling, wo die Dinge dieser Welt noch von einem unermesslichen Schimmer umflossen vor unseren Augen liegen, und Märchen und Geschichten aus allen Winkeln fliegen.

Eines Sonntags morgens war sie in einem nagelneuen grünen Kleide zum erstenmal zum Spiel auf die Straße gekommen, und hatte von dem Tage an den Namen weg, den sie ein Lebenlang behalten hat — die grüne Maki.

Sie hätte auch die wilde Maki heißen können, denn wild war sie wie ein Strahlenkreisel, der eben einen Schlag mit der Peitsche bekommen hat und nun lurchend über das Pflaster hopft — die Haarzöpfe wie ein paar gedrehter Stride im Raden, die Röcke fliegend wie Wädicke im Wind. Und eine jugendliche, helle Stimme hatte sie und ein Paar Augen, die vor Lebensfreude und Jugendlust nur so blitzten, und denen man es ansah, daß sie nicht eine Sekunde lang im Kopfe würden stillstehen und gewiß selbst im Schlafe nicht ganz zur Ruhe kommen konnten.

Ladelt war sie handfest und mutig wie ein Junge, ging, einmal losgelassen, über Horder und Felder, kletterte über Pfosten und Gitter wie eine Kogge, und bald war es für uns kein richtiges Spiel, wenn die grüne Maki nicht mittat.

Die Nachbarn schalteten und schlugen die Hände über dem Kopf zusammen, wenn die Rede auf sie kam, und es gab keinen, der nicht raitlos gewesen wäre, was aus so einem Wädel werden sollte.

Das dauerte, bis sie aus der Schule kam, und man sich entschloß, sie zu Verwandten nach Memsheid zu geben, und eines Tages war sie verschwunden, wie die Schwalbe im Herbst.

Als sie nach zwei Jahren zurückkam, blieb uns der Gruß im Halse stecken — so schön war sie geworden. Es war überhaupt, als wenn es überhaupt nicht die grüne Maki sei, die da zurückgekommen war, so still und freundlich war sie geworden, ein wenig stolz und herablassend wohl, wie es uns schien, aber unmerklich würdig und ernst, und wir empfanden plötzlich einen Respekt vor ihr, schüttelten die Köpfe und hielten uns zurück. Ausgesprochen hat es keiner von uns, aber ich glaube, wir hatten alle ein wenig den Eindruck, daß wir mit einem Male die Rollen vertauscht hätten: Nun waren wir plötzlich die Grünchen.

Das ging so eine Weile, bis der nächste Frühling kam und — Jettlers Fräulein trat in die grüne Maki verliebt. Er sagte, schrieb Briefe, war melancholisch oder trampfhaft lustig, wie's gerade kam, schrieb den Namen seiner Angebeteten in den schönsten Zügen auf Briefpapier, Federtuschblätter und Tintenschalen, las das „Buch der Lieder“ und fand tausend Stellen darin, die auf ein Haar auf ihn und die Maki paßten, kurz, er war in dem Stadium, in dem die Kinderzeit zu Ende geht und ein noch unverständenes Neues in uns keine Herrschaft antritt.

An seinem siebzehnten Geburtstag, den wir bei einer heimlichen Zigarre auf seiner Stube feierten, machte mich Fräulein zu seinem Vertrauten, nahm mir einen heiligen Eid ab, daß ich schweigen werde wie das Grab, und berichtete mir unter Seufzern, Hoffnungen und trübenden Ahnungen, was ich längst gewußt hatte, aber aus Teilnahme, und weil es störend gewesen wäre, mir nicht merken ließ.

„Und sie weiß, daß Du sie liebst?“ fragte ich. „Nein, nicht, — das heißt — vielleicht?“ — „Wer weiß?“ „Nun,“ sagte ich, „dann mußt Du Dich ihr erklären.“

„Ich sah, daß er Herakliden bekam.“ „Natürlich,“ sagte er und versank in ein dumpfes Grinsen. „Was meinst Du,“ schlug er mir plötzlich vor, „wenn Du ihr meine Verse überreichst?“

„Ich war ein wenig übercaßt.“ „Ja, ich meine, da wärst Du selbst der Rache.“ „Für mich ist es nicht ganz leicht,“ sagte er. „Aber Du bist ihr Nachbar, und es wird für Dich keine Schwierigkeit sein, eine Gelegenheit abzuwarten. Wenn Du bereit wärst?“ Ich machte Einwendungen, ließ mich aber zuletzt überzeugen.

So legte er sich also hin und schrieb seine Verse auf rosa Papier, das wir gemeinsam einkaufen gingen. Nach acht Tagen war er fertig und überreichte mir das Manuskript, das er mit einem grünen leichten Bändchen sauber gefestigt hatte. Wir verabredeten, daß ich ihr die Gedichte am nächsten Sonntag, wenn sie aus der Kirche kam, überreichen sollte.

Es war ein Sonntagmorgen aus Sonnenglanz und Feiertagsfreude. Als sie auf mich zukam, und ich mir Nähe gab, den Unbefangenen zu spielen, merkte ich, daß die Sache leichter gesagt als getan wäre.

Wohnungslos schritt sie neben mir die Straße hinab und plauderte so unbefangenen wie immer. Kaum zwei Minuten später standen wir vor ihrem Hause.

Jetzt mußte gesprochen sein. Ich nahm einen Anlauf und war eben daran und hatte die Hände schon in der Tasche, als ihre

Rutter aus dem offenen Fenster heraus rief: Aber Maki! so tummle Dich, Du weißt doch, daß wir Besuch bekommen. . . .

„Nicht, aber gefahrt kam Fräulein die Straße herauf, und ich ging ihm entgegen wie ein armer Sünder seinem Richter. Sie hat sie?“ fragte er. „Nein, noch nicht,“ sagte ich und erzählte, wie es gegangen war.

„Aber, sagte Fräulein, daß Du nicht mehr Courage hast! So lange Du zögerst! Du bist mir der Rechte. Nun, es wird am besten sein, Du besorgst die Sache selbst. Am Ende bist Du doch näher daran als ich, entgegenete ich ein wenig ärgerlich und reichte ihm die Verse zurück.“

Nun wollte er mich beglücken, und ließ alle Ueberredungskünste spielen. Aber ich wollte nicht. Unserer Freundschaft drohte ein ernstlicher Miß. Verschämpt ging jeder auf seinem Wege heim. Vier Wochen später kam er plötzlich auf meine Stube, trüb und bleich wie nach einer schweren Zigarre. „Nun?“ fragte ich, hast Du eine Antwort? Er preßte meinen Arm, und flüsterte: „Nein, noch nicht.“ „Aber die Verse hat sie?“ „Gestern,“ sagte er tonlos. „Ich habe sie ihr durch die Post zugesandt.“

Nun, dann — dann weiß sie ja wenigstens, wie sie mit Dir daran ist. Freilich, nicht er, und ein schmerzliches Lächeln ging über sein Gesicht; aber das ist ja gerade das Schlimme.

Verständnislos sah ich ihn an. „Denke Dir“, sagte er, „vor einer Stunde erfahre ich, daß — daß sie — verlobt ist!“ „Verlobt?“ „Zatliche. Morgen wird die Anzeige herumgehen.“

„Und wer ist der Glückliche?“ „Doktor Wendob“, sagte er und eine Falte grub sich in seine Stirn. „Was? Unser Geographieversteher?“

„Er nickte nur und stöhnte leise. Du weißt es gewiß?“ „Zotlicher.“

„Ja, zum Teufel, sagte ich, das — das ist wirklich fatal! Denn nun wird er Deine Verse lesen, wie ich annehme. „Nicht wahr? Ein Glück, daß ich ihr die Verse anonym geschickt habe.“ Was? — „Ne, hör mal! In diesem Falle das einzige Glück bei der Geschichte.“ Und wenn er Dich fragt? Er zuckte die Achseln. —

Am folgenden Tage mußte die ganze Stadt davon. Von der Verlobung, meine ich. Doktor Wendob strahlte, als er in die Klasse trat, und verließ ein angeländigtes Extemporale. Fräulein Jettler war wie traurig.

„Wahrscheinlich lag er in seiner Stube, las Penon und Luherre, daß sein Leben verpufft sei. Sei kein Feigling, sagte ich. „Aber erlaube mal, fuhr er auf, verseye Dich bitte mal in meine Situation!“

Wenn Deine Liebe wirklich so groß ist, entgegnete ich. — „Na, ich möchte Dich mal sehen, sagte er. Geldstück ging ich heim. Zu Hause lag ein Brief. Wertmäßig umfangreich und schwer. Als ich ihn öffnete, fiel mir ein Bündel rosaroten Papiers entgegen. An Maki stand darauf.

Ein Rätsel lag dabei. Die Verse seien ja ganz hübsch, wenn auch reichlich überchwänglich. Vielleicht habe ich Talent. Nur an sie möchte ich keine Verse wieder richten. Die Zeit der Jugendtorheiten mußte nun vorbei sein, schrieb sie mit einer lächelnden, freundlichen Ueberlegenheit.

Nach packte die Post. Das hatte gerade noch gefehlt. Augenblicklich ging ich zu Fräulein und schickerte ihm sein Manuskript auf den Tisch. So, da wären Deine Verse wieder. Und nun verseye Dich bitte mal in meine Situation.

Was? sagte er und überließ Maki's Zeilen. Nun habe ich die Verse geschrieben — und Du — hast den Ruhm davon. . . .

Das neue Finnland.

Während das künftige Schicksal der russischen Randstaaten noch ungewiß, hat Finnland — das nur durch Personalunion mit Rußland vereinigt war — seine volle, durch das Deutsche Reich gewährleistete Freiheit errungen. So sehr wir es als Sozialdemokraten beklagen mögen, daß wir in die inneren, vielfach durch russische rote Garben hervorgerufenen Wirren des Landes eingreifen mußten, so besteht doch die Hoffnung zu Recht, daß Finnland mit uns in Zukunft in dauerndem Frieden und Freundschaft leben wird.

Das besondere Interesse, das Finnland so für uns hat, gab den Anlaß zu einem mit trefflichen Bildern belebten und mannigfachen Ausschläge bietenden Vortrag, den Dr. Wöhrle, ein Deutschrusse, hielt. Finnland gehört zu der nordischen Staaten — erstreckt es sich doch zwischen dem 60. und 70. Breitengrad. Die östliche Grenze gegen Rußland wurde 1823 festgelegt. Tatsächlich wohnen aber Finnen und Lappen bis ans Weiße Meer und südlich davon, und wenn das Recht auf Selbstbestimmung der Völker in Rußland durchgesetzt wird, wird Finnland noch erheblich an Gebiet gewinnen. Groß-Finnland ist größer als das Deutsche Reich und auch das bisherige Großfürstentum immer noch größer als Preußen. Der Boden des Landes ist durchweg Urgestein und erhebt sich in mittleren und nördlichen Partien bis über 1200 Meter.

Himmelsgewölbe hinein. Dann wieder frag der Redel den ganzen Berg auf, so daß man über den Vorkenwald keine Spur von ihm sah.

Auf diese Weise wurde der Kuolja für ihn etwas Phantastisches, mit dem sein Verstand nie fertig werden sollte. Er wurde ein übernatürliches Wesen, das ihm feindselig gesinnt war. Er wurde in diesem Glauben noch bestärkt, als eines Abends — er sah wie gewöhnlich in seiner Schucht und rauchte — eine Lawine ihn fast verschüttet hätte. Sie ging etwa zehn Meter links von ihm nieder, und der Luftdruck war so stark, daß er sich mit Fingern und Händen gegen den Berg stemmen mußte, um sich festzuhalten. Auch die Arbeiten am Kuolja waren widerwärtig. Bald stieß man auf dies, bald auf jenes Hindernis, und die Arbeiter bähnten Finger, Arme und Weine ein.

Es gab daher große Freude, als die Order kam, man solle den Tunnel durch den Kuolja beginnen. Algren bekam jetzt die Berechnung der Bauten am Abislawasserfall, den man eindämmen und durch eine Holzröhre an dem alten Fluß entlang leiten wollte, um dann weiter unten die Turbinen für die Tunnelbohrung damit anzutreiben. Diese Arbeit tat er mit Liebe und Lust, und sie ging in rasender Eile vorwärts. Den ganzen Sommer und Herbst war man mit den vorbereitenden Arbeiten beschäftigt. Hjort ging mit seiner unbegreiflichen Energie und Arbeitskraft voran. Algren bewunderte seinen zähen Willen und seine Ausdauer. Immer war Hjort unterwegs, der erste auf den Beinen und der letzte im Bett. Landström stattete ihnen bisweilen einen Besuch ab, und dann wurde tagelang kalkuliert. Bis tief in die Nacht hinein war bei Hjort Licht, wenn er allein war, und so oft er mit Algren zusammentraf, war nie von etwas anderem die Rede als von der Kraftaktion am Abisko.

Die wurde Hjorts Leben, Hjorts Traum. Sich mit einem dröhnenden Wasserfall heranzuschlagen, die Naturkräfte zu zähmen, sie nach dem eigenen Wunsch zu lenken, die Wassermassen in einem Riesentessel von mehreren tausend Hektoliter kochendem Schaum kochen und zischen zu lassen, um sie schließlich mit einem Hüllengebüß in die gepresste Höhle unter der Eisenbahn hinunterzuführen zu lassen, das war eine Arbeit für einen Mann wie Hjort. Deshalb war er stolz wie ein siegender Gott, als mit Beginn des Winters alles klappte und in Ordnung war, als die Generatoren

Es flacht nach Südwesten ab und hat so verhältnismäßig ein günstiges Klima — und zugleich die Orientierung nach Mittel-europa. Die Meeresküsten sind durch Buchten vielfach geschnitten, gebührende Inseln (Schären) sind dem Lande vorgelagert. Im Innern ist der Charakter gegeben durch die vielen Seen, 11 Proz. des ganzen Areals, die sich zu besonderen Gruppen ordnen und durch ihre zum Teil künstliche Verbindung ein vielfaches Verkehrs-mittel bilden. Es sind die Ueberreste der früheren gewaltigen Eisbedeckung, die ihre Spuren überall in den Rundhöckern zurückgelassen hat.

Finnland ist ein seefahrtstreibendes Land, es übertrifft an Schiff- und Tonnenzahl die gesamte russische Ostseeflotte (1913: 4200 Schiffe). Die Binnenwasserfahrt, die Strecken von 100 bis 200, ja 300 Kilometer ausmachen kann, ist gewaltig. Die Seenketten erfüllen die Flüsse. Wasserfälle und Stromschnellen erfüllen das Land mit dem Rauschen des Wassers und bieten an 3 Millionena Vierbeinern zur technischen Verwendung dar. Finnland ist ungeheuer waldreich (57 Proz. Wald). Die Holzindustrie, die Holz- und Holzprodukte (Zellulose, Papier) liefert, ist die wichtigste des Landes: Sägmüllmolen an der See und Papierfabriken im Inland. Große Erzvorkommen harren der Erschließung. Auch die vielen Moore (im Norden bis 40 Proz. des Bodens) werden wichtige Ressourcen geben. Deutsches Kapital wird die Industrie der weichen Rohle, die Ausbeutung des Landbaus durch Kolonisation erschließen.

Die Geschichte Finnlands, die mit dem 12. Jahrhundert einsetzt, weist als führenden Zug die Europäisierung durch Schweden und jahrhundertelange Kämpfe mit Rußland auf, bis das Land, von Schweden im Stich gelassen, 1809 erliegt. Die fortwährende Entvölkerung des Landes unter dem letzten Jaren ist in frischer Erinnerung. Die Bevölkerung — 3,3 Millionen, davon 88 Proz. Finnen und 12 Proz. Schweden — hat trotz russischer Unterdrückung ihre kulturelle Höhe weiter zu steigern gewagt. Rußland hat 70/80 Proz. des Schreibens und Lesens unkundige, Finnland 1 Proz!

In Künsten und Wissenschaften hat das dünnbesiedelte Land bereits beträchtliches geleistet. Das Deutschtum, das durch die Hanja und später durch Einführung der Reformation von jeher große Bedeutung hatte, spielt auch heute noch eine erhebliche Rolle. Deutsch war vor und neben dem aufsteigenden Russisch die einzige fremde Sprache, die Pflichtfach war. Seit Beginn des Weltkrieges gingen die finnischen Sympathien mit Deutschland, und in Zukunft wird die finnische Wirtschaft sich noch viel enger an Deutschland anschließen. Vor dem Kriege waren bereits 40 Proz. der Einfuhr (soweit wie die einflussreiche russische) deutschen Ursprungs. In einem etwaigen Wirtschaftskriege in der künftigen nordischen Konstellation wird Finnland im engen Anschluß an Deutschland eine erhebliche Bedeutung haben. Mit Deutschlands Unterstützung wird es ein europäischer Kulturstaat werden.

Vom Radieschen.

In den Denkschriften gehört auch das Radieschen mit seinem roten roten Gesichtchen. Es ist von weißer Haut, denn wir begrüßen in dem kleinen Wunderkind eine geborene Chinesin. Aus weisser Ferne ist er zu uns emporen, und als ob man ihn die weite Weite loben sollte, erprent er sich bei uns einer, wie möchten sagen: kalt rättschen Kultur. Seine feinen Spielarten bestehen in dem fast durchsichtig schwebenden Wasseradieschen, dem runden Radieschen, dem langen Monats- und dem Focellerradieschen. Erfurt besetzt wie den besten Reitzig so auch die besten und gerdesten Radieschen.

Man war früher der Ansicht, daß Reitzig und Radieschen nahe Verwandte wäre, nach neueren Forschungen aber scheint festzustellen, daß diese beiden, wenn auch gleich blühigen Pflanzenfamilien, doch ganz verschiedene, d. h. selbst der Gattung nach, getrennten Pflanzen angehören. In Japan finden sich wie in Ostindien mehrere Varietäten dieses Radieschens, dessen Farben-Varianten auch beachtet sein wollen. Die Parteien sind entschieden die rotenrot angehauchten. Neben ihnen treten die weissen Arten am häufigsten auf, seltener (bei uns in Berlin fast gar nicht) die violetten. Durch Kultur hat man das Radieschen gewonnen, auch im Winter zu erziehen, und die ersten, dem Wohlstand entlockten Langradieschen bilden eine Art pikantes Delikatessen. Wäher geht das nördliche Frankreich als das Land, welches die meisten Radieschen produziert; der Konsum in Paris war anerkannt selbsthaft.

Die Kultur des Radieschens erfordert einen guten, abgekühlten Boden. In rohen, fruchtgebundenen, überhaupt in jedem ungenügend vorbereiteten Boden misst er, wird kranklich, mäßig, schnell pelzig, d. h. überreif oder dergleichen. Wäher und Wäher der Pflanzen werden von verschiedenen Feinden angegriffen. Sowohl Käfer als Raupen, Wespen und Blattläuse zerstören sie. Die in den Wurzeln häufig gefundene Wabe ist die Larve der Reitzigfliege. Das Pelzigwerden der Wurzel (Kohlschwebel) ist bedingt auf dem allmählichen Schwanden der Feuchtigkeits aus den Zellen.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring.

Er ging von einem Rentier zum andern und hob ihre Köpfe. Alle waren tot, tot. Von Rentier zu Rentier ging er viele, viele Stunden lang und suchte das Leben, aber er fand es nicht.

Wieder kam er zu uns, die wir stierend und kalt, ohne Feuer, ohne Lebensmittel, ohne Kenntnis dasjenen.

Ein schlimmeres Unglück ist uns nie widerfahren.

Lange stand er still da und sah uns an. Schließlich füllten sich seine Augen mit Tränen, und sie rannen in Strömen in den eisgrauen Bart hinein. Dann schauderte er zusammen, als sei etwas in ihm zerbrochen.

Ohne ein Wort drehte er sich um und ging von uns fort, ging in die schwarze Weiswolke hinein, hinein in die schleimigen Nebel des Höfen, hin zu dem ewigen Eise am Starfjabbage.

Er ist nie zurückgekommen. Wer weiß, wohin die Menschen gehen?“

Siebentes Kapitel.

Diese Fahrt gab Algren den richtigen Eindruck von Lappland, und er liebte und fürchtete es zugleich. Er liebte seine Farben, und er konnte nachts stundenlang in irgendeiner Schlucht hinter den Baraden sitzen und rauchen und auf den Lornejaur starren, dies unbegreifliche Zauberspiel von Farben, die nie still standen, sondern von Kupfer und Blut in Silber und Eisblau übergingen. Er liebte auch die großen, stillen Moore und Felder, die den Gang der Berge mit herrlichen Matten aus Purpur und Violett bedekten.

Aber die großen Berge fürchtete er. Diese gewaltigen Schneekonturen hatten etwas Wildes und Unheimliches, und an Regentagen geisterien sie in den Nebeln in einer Weise, die weder mit dem Gesetzen der Optik, noch der Physik übereinstimmte.

Befonders vor dem Kuolja hatte er ein geradezu kindliches Grauen. Im Regennebel lehnte sich der Berg über die Parade, in der Algren hauste, daß man meinte, er müsse darauf niederfallen. Früh am Morgen, wenn klares Wetter war, sah es aus, als rage der Gipfel weit ins blaue

montiert und die lange Leitung bis zum Kuolja fertig war, wo man inzwischen mit Handkraft zu bohren begonnen hatte. Es waren unsäglich festliche Augenblicke, als die erste Stoß-bohrmaschine mit ihrem Kolbendurchmesser von achtzig Millimetern zu frachen begann. Algren hatte das Gefühl, der Berg hätte bei jedem Stoß, aber die Arbeiter schrien hurra, und Hjort war blaß vor Gemütsbewegung.

Man hatte zu früh hurra gerufen. Die Wildnis rächte sich. Nach einigen Wochen hing der Abislawfluß steil und gefroren, in seinem Dahnstragen von einer Kälte gefenmt, die die Lappen nicht in Betracht gezogen hatten, als sie dem Ingenieuren versicherten, daß der Fluß seit Menschengedenken nie zugefroren gewesen sei.

Es wurden tolle Zeiten. Die ganze große, stolze Anlage lag völlig nutzlos da. Alles war still und tot. Wenn es ein paar Tage etwas milder wurde, setzte nachher nur eine um so grimmigere Kälte ein, und Hjort mußte einsehen, daß er der Natur nicht befehlen konnte.

Wochenlang hielt er sich oben am Wasserfall auf und grubelte und machte Berechnungen, bis er sich schließlich besetzt erklären mußte. Das gab seiner Willenskraft einen festigen Stoß. Sein Verstand beugte sich vor dem Unberechenlichen, Unberechenbaren, aber sein Stiernacken beugte sich nicht, und man mußte lange in sein Gesicht sehen, bevor man die zwei kleinen neuen Falten an der Nasenwurzel bemerkte.

In der Einsamkeit hatte er seine bitteren Stunden, und die halbe Million, die ganz nutzlos in die Wildnis hinein-geschmissen war, störte seine Berechnungen, auch wenn er sich damit tröstete, daß er nicht allein verantwortlich war, sondern daß sich die Verantwortung auf mehrere verteilte. Mit ihm als Mann und Wasserbaumeister nahm es doch hart mit, daß er eine so tiefenhaften Niederlage erlitten hatte, und wenn ihn die Träume sehr heftig plagten, hörte er den Wohl-stahl wie Vogelgeschrei im Kuoljatunnel haben.

Die Bahningenieure hatten lange bemerkt, daß mit der Kraftaktion etwas nicht in Ordnung war, und es hatte seine großen Schwierigkeiten, dies Thema zu vermeiden, wenn Hjort amfend war. Richtig aufgeklärt wurden die Verhältnisse erst, als Hjort eines Samstagabends zu Gerell kam, der Landström, Algren und einige andere Ingenieure zu Etat und Kognal bei sich hatte.

(Fortf. folgt.)







DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1917.

Wir berichten über das achtundvierzigste Geschäftsjahr der Deutschen Bank.

Der russische Koloss, dessen Ländergier und üble Verfassung einen so grossen Teil der Schuld an dem verheerenden Weltkrieg getragen hat, ist zusammengebrochen und löst sich in die seit zwei Jahrhunderten zusammengeschlossenen, heterogenen Teile auf.

Die Ernte war genügend, für Kartoffeln sogar recht gut. Kriegsgelagene ersetzen die Arbeitskräfte, die uns gefehlt hätten.

Die Ernte war genügend, für Kartoffeln sogar recht gut. Kriegsgelagene ersetzen die Arbeitskräfte, die uns gefehlt hätten. Die beiden Kriegsanleihen des Jahres ergaben 2 1/2 Milliarden Mark und lieferten die Mittel zur Fortsetzung des uns aufgezwungenen Kampfes.

Die Ernte war genügend, für Kartoffeln sogar recht gut. Kriegsgelagene ersetzen die Arbeitskräfte, die uns gefehlt hätten. Die beiden Kriegsanleihen des Jahres ergaben 2 1/2 Milliarden Mark und lieferten die Mittel zur Fortsetzung des uns aufgezwungenen Kampfes.

Die Ernte war genügend, für Kartoffeln sogar recht gut. Kriegsgelagene ersetzen die Arbeitskräfte, die uns gefehlt hätten. Die beiden Kriegsanleihen des Jahres ergaben 2 1/2 Milliarden Mark und lieferten die Mittel zur Fortsetzung des uns aufgezwungenen Kampfes.

Die Ernte war genügend, für Kartoffeln sogar recht gut. Kriegsgelagene ersetzen die Arbeitskräfte, die uns gefehlt hätten. Die beiden Kriegsanleihen des Jahres ergaben 2 1/2 Milliarden Mark und lieferten die Mittel zur Fortsetzung des uns aufgezwungenen Kampfes.

Table with 3 columns: Kurs, Ende 1913, Ende 1917. Lists various securities like Deutsche Reichsanleihe, Preussische Consols, etc.

Table with 3 columns: Kurs, Ende 1913, Ende 1917. Lists foreign securities like Russische Anleihe, Französische Rente, etc.

Die Deutschen Kriegsanleihen, von denen jetzt 87 Milliarden in Umlauf sind, haben ihren Ausgabekurs behauptet; dagegen ist der vereinigte Britisch-Französische Staatskredit in dem verbündeten Amerika nur noch zu einem Preis bewertet, der eine Verzinsung von 10% ausdrückt.

Unsere eigenen Abschlusszahlen spiegeln die deutsche Wirtschaftslage deutlich wider: der Gesamtsatz stieg von 129 Milliarden im Vorjahr auf 188 Milliarden die fremden Gelder und Einlagen erhöhten sich von 3 1/2 Milliarden auf über 5 1/2 Milliarden; die Gesamtsumme unserer Vermögensaufstellung von 4076 Millionen auf 6309 Millionen.

Unsere Londoner Bankgebäude sind durch die englische Regierung zwangsweise an zwei Konkurrenten verkauft worden. Trotz wirrigem Durchforschen aller Bücher, Briefschaften und Geschäfte der Londoner Niederlassung hat sich nicht der geringste Anhalt zu irgend-einem Vorwurf oder einem Vorwand für solch völkerrechtswidrige Vorgehen gefunden.

Zu unseren Abschlusszahlen dürfen wir bemerken, dass der Zunahme der fremden Gelder von über 2000 Millionen eine mehr als entsprechende Zunahme der flüssig angelegten Mittel gegenübersteht.

Der Besitz und die Verpflichtungen unserer Londoner Filiale sind nach den letzten uns bekannt gewordenen Zahlen in unseren Abschluss aufgenommen.

Der Betrag unserer Akzente ist abermals gesunken. Infolge der gewaltigen Unterbindung des Weltverkehrs ist unser Akzept vielfach ersetzt worden durch Inanspruchnahme von Birschaftskrediten; deren Betrag hat sich von 238 auf 356 Millionen erhöht.

Unsere Bestand an verzinslichen Deutschen Schatzanweisungen haben wir um 70 Millionen auf 201 Millionen erhöht. In diesem Posten sind nur die kurzfristigen Schatzanweisungen enthalten; die langfristigen finden sich unter den deutschen Anleihen, deren Bestand von 25 Millionen auf 83 1/2 Millionen gewachsen ist.

Unsere Zweiganstalten haben sich durchweg bewährt. Schon heute dürfen wir den Beweis als erbracht ansehen, dass unsere Ausdehnung auf den deutschen Osten ein Schritt in der rechten Richtung gewesen ist.

Die bargeidlose Verkehr hat sich in erfreulicher Weise ausgebildet. Allerdings bleiben noch viele Einrichtungen in dieser Hinsicht verbesserungsfähig, nicht zum wenigsten die Gebrauche der Behörden selbst.

Unsere Abteilung zur Vermittlung von Geldsendungen an deutsche, österreichische, ungarische und türkische Gefangene im feindlichen Ausland, in der über 160 Beamte arbeiten, hat im Jahre 1917 ihre segensreiche Tätigkeit fortgesetzt.

Eine sehr grosse Zahl unserer Beamten dient in den Fronten. Durch Anstellung von Hilfskräften haben wir so gut wie eben möglich unsere Betriebe aufrechterhalten, wenn auch nur dank ausserordentlicher, hingebungsvoller Anstrengung aller Mitarbeiter, von ersten bis zum letzten.

Wir haben unserer Beamtenschaft auch während des Berichtsjahres durch wiederholte Zulagen die Ueberwindung der herrschenden Teuerung zu erleichtern gesucht und schliesslich der Generalversammlung vor den Beamten für ihre ausserordentliche Anstrengung und die Ueberlastung durch die Kriegsverhältnisse eine einmalige Zuwendung von 2 1/2 Millionen Mark zu bewilligen.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschliesslich der Rücklage für Zinssteuer M. 7.133.648.97 zu erlegen, gegen M. 5.450.151.91 im Vorjahr.

Die Deutsche Ueberseeische Bank hat sich unter sehr schwierigen Verhältnissen abermals gut behauptet und dürfte die gleiche Dividende wie im vorigen Jahre verteilen.

Table showing participation in various banks and companies with interest rates for 1917.

Wie aus dem Obigen ersichtlich, können alle diese Institute für das vierte Kriegsjahr den gleichen oder einen höheren Gewinn verteilen, wie für das dritte.

Der starke Rückgang der „Dauernden Beteiligungen“ erklärt sich durch die Verschmelzung mit dem Schliesischen Bankverein, dessen Anteil bekanntlich seit 20 Jahren zu sehr erheblichem Teile in unserem Besitz gewesen sind.

Die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft hat 7% Dividende verteilt und sich unter den schwierigen Kriegsverhältnissen voll bewährt. Die Bahnanlagen in Haidar-Pascha wurden durch eine Feuersbrunst schwer beschädigt; die Gesellschaft war glücklicherweise gegen solche Zufälle durch Versicherung gedeckt und wird nur von einem erträglichen Schaden betroffen.

Unsere Petroleum-Unternehmungen haben für die Versorgung, namentlich auch der deutschen Eisenbahnen, des Heeres und der Flotte mit Schmieröl, Treiböl, Benzin und Petroleum abermals kaum zu entbehrende Dienste geleistet.

Die Ungarische Erdgas-Aktien-Gesellschaft hat im Berichtsjahr die zweite Einzahlung von 20% auf ihr Aktienkapital von 27 Millionen Kronen eingefordert.

Die Donau-Schiffahrts-Unternehmung Bayerischer Lloyd hat sich, ausser dem von dem Kriege gegründeten G. m. b. H. mit 4 Millionen Kapital, im Berichtsjahr zu einer Aktiengesellschaft mit 16 Millionen Mark Grundvermögen entwickelt.

Die Donau-Schiffahrts-Unternehmung Bayerischer Lloyd hat sich, ausser dem von dem Kriege gegründeten G. m. b. H. mit 4 Millionen Kapital, im Berichtsjahr zu einer Aktiengesellschaft mit 16 Millionen Mark Grundvermögen entwickelt.

Die Bayerischen Stickstoff-Werke A.-G. haben abermals 14% verteilt. Die Gesellschaft hat von der Königlich Bayerischen

Regierung die Vorkonzession zur Ausnutzung der Wasserkraft (von rund 200.000 Pferdestärken) des untern Infflusses erhalten. Mit hervorragender Beteiligung bayerischer Banken und Firmen hat sich unter unserer finanziellen Führung ein Syndikat zur Vorbereitung dieses Unternehmens gebildet.

Die Mitropa, Mittelenropäische Schlafwagen- und Speisewagen A.-G., kann für ihr erstes Geschäftsjahr die Ausschüttung einer Dividende von 8% vorschlagen.

Die uns seit Jahrzehnten abestehende Baugesellschaft Philipp Holzmann in Frankfurt a. M. wurde unter Führung der Deutschen Vereinsbank und unseres Instituts mit der Internationalen Baugesellschaft verschmolzen und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die Filiale Stettin beteiligte sich an der Kapitalerhöhung der Neuen Dampfer-Compagnie und der Stettiner Oderwerke A.-G. für Schiff- und Maschinenbau.

Die Filiale Breslau war beteiligt bei der Kapitalerhöhung der Linke-Hofmann-Werke, Breslauer A.-G. für Eisenbahnen-, Lokomotiv- und Maschinenbau.

Die Filiale Dresden war beteiligt an der Kapitalerhöhung der Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen und an der Uebernahme von Aktien der Lignier-Werke A.-G. in Dresden.

Unsere Konsortial-Rechnung enthielt am Jahreschlusse Beteiligungen an festverzinslichen Werten M. 2.831.294.48

Den über 4% Geldzinsen (welche in die Zinsenrechnung geflossen sind) erzielten Gewinn auf Gemeinschafts-Unternehmen haben wir, wie in den Vorjahren, zu Abschreibungen verwendet.

Der Bestand eigener Wertpapiere gliedert sich wie folgt: Staats- und Kommunal-Papiere sowie deutsche Pfandbriefe M. 47.806.926.35

An der Zeichnung der bis zum Ende des Jahres 1917 ausgegebenen Kriegsanleihen waren wir mit rund fünf Milliarden beteiligt. Darüber hinaus haben wir annähernd zwei Milliarden übernommene Kriegsanleihen in unserer Kundschaft untergebracht.

Wir haben alle Vermögensgegenstände der Bank sorgfältig geprüft und unter Berücksichtigung der Kriegsfahren bewertet, insbesondere auch die in London befindlichen Aktiven, sowie unsere Ausstände in Russland.

In den Aufsichtsrat wurden in der letzten ordentlichen Generalversammlung neu gewählt: Herr Kommerzienrat Nicolaus Eich, Generaldirektor der Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf;

Am 18. Juli des Berichtsjahres verlor unser Aufsichtsrat durch den Tod zwei geschätzte Mitglieder, Herrn Geheimen Kommerzienrat Fritz von Friedländer-Fuld und unseren langjährigen Mitarbeiter in wichtigen Geschäften Herrn Geheimen Kommerzienrat Otto Braunfels.

In den Ortsausschuss Konstantinopel wurde neu gewählt Seine Exzellenz Herr Wirklicher Geheimer Rat Dr. J. Zahn, Mitglied der Verwaltung der öffentlichen Ottomanischen Schuld als Vertreter der deutschen Staatsgäubiger.

Verluste hatten wir zu beklagen bei dem Ausschuss für die Rheinisch-Westfälischen Filialen durch den Tod des Herrn Geheimen Kommerzienrat Adalbert Colman, sowie bei dem Ausschuss für die Schliesischen Niederlassungen durch das Hinscheiden des Herrn Albert Möller.

Im Berichtsjahr wurden ferner ernannt: in Berlin: Herr Rechtsanwalt Dr. Jacob Berne zum stellvertretenden Direktor, die Herren Theodor Nitzschke, Paul Bödinger, Karl Wichmann und Otto Reichhard zu Abteilungsdirektoren;

in Hamburg: zu stellvertretenden Direktoren die Herren Edwin von Janinski und Carl Simminger; in Sofia: zum Direktor Herr Dr. Paul Bonn, vormals stellvertretender Direktor der Frankfurter Filiale;

Diese sämtlichen Ernennungen bedeuten Beförderungen langjähriger Mitarbeiter aus unserem eigenen Kreise. Neu trat in denselben Herr (Fortsetzung untern.)







# Die Getränkesteuern im Reichstag

153. Sitzung, Donnerstag, 25. April 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf v. Roeder.

Dem Präsidenten des ungarischen Magnatenhauses ist eine Glückwunschsdepesche anlässlich der Siege im Westen eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der **Getränkesteuern.**

Reichschatzsekretär Graf v. Roeder:

Die Getränkesteuern sollen in Zukunft 1600 Millionen Mark, d. h. 1240 Millionen mehr als bisher einbringen. Bisher stellen die Getränkesteuern etwa ein Viertel der gesamten Steuern des Reiches dar; ich würde mich freuen, wenn das auch in Zukunft der Fall sein würde. Die Malzsteuer hat jetzt nur noch einen erschreckend geringen Betrag gebracht, weil nur noch wenig Malz verwendet wird; deshalb gehen wir zur Fabriksteuer, zur Biersteuer über, deren Höhe wir für erträglich halten. Auf das Branntweinmonopol ist die Regierung wieder zurückgekommen, weil die Verhältnisse sich völlig verschoben haben. Der vorgelegte Entwurf ist im wesentlichen eine

Verstaatlichung der Spirituszentrale.

Die Betroffenen Angestellten und Arbeiter sollen entschädigt werden. Doch haben die Geschäftsführer erklärt, sie wollen keine verantwortliche Stellung in der Monopolverwaltung übernehmen und verzichten auf eine Entschädigung. Mit einer stärkeren Besteuerung des Weines erklären sich die Interessenten einverstanden. Wir schlagen eine Wertsteuer vor, die möglichst weit vom Produzenten erhoben wird. Die Wein- und Schaumweinsteuer sind Wertsteuern in indirekter Form. Die Besteuerung der Mineralwässer wird jedenfalls Angriffe erfahren, es ist aber dabei zu bedenken, dass auf dem Gebiet der Mineralwässer ungeheure Reichtümer künftighin liegen. Die Zölle auf Tee, Kakao, Kaffee und Schokolade sind reine Finanzzölle. Im allgemeinen bitte ich Sie dringend, jetzt ganze Arbeit zu tun, die Höhe der vorgelegten Steuern zu machen, damit wir nicht später wieder mit Gebühungen kommen müssen.

Abg. Herold (Z.):

Die Staffeln bei der Biersteuer müssen in der Kommission genau daraufhin geprüft werden, ob die kleinen Betriebe genügend berücksichtigt sind. Die Weinsteuer sollte befristet werden je nach der Veränderung, die die Weinpreise erfahren. Die Steuer auf Mineralwässer und Saponaden ist berechtigt. Bei den großen Verdiensten, die der Zwischenhandel auf diesem Gebiete macht, braucht deshalb der Preis nicht zu steigen. Die Erhöhung der Kaffeezölle wird ein erhebliches Herabgehen des Verbrauchs zur Folge haben, zumal die Bevölkerung sich jetzt im Kriege an den Kaffeeverbrauch gewöhnt hat.

Der höchste Reinertrag von 600 bis 650 Millionen soll aus dem Branntweinmonopol erzielt werden. Früher hat der Reichstag dieses Monopol abgelehnt. Inzwischen ist die Einrichtung des Monopols durch die monopolartige Stellung der Spirituszentrale erleichtert worden. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, dass viele selbständige Existenzen durch dieses Monopol vernichtet werden, denen der Staat erhebliche Entschädigungen zu zahlen hat.

Bei einem Vergleich der direkten mit den indirekten Steuern darf man nie das Reich allein berücksichtigen, sondern auch die direkten Steuern der Einzelstaaten und Kommunen, die indirekten Steuern nur sehr wenig haben. Nicht man den Vergleich in dieser Weise, so wird man unser Steuerrecht nicht als ungesund bezeichnen können. Die Wertsteuern im Reich werden zweifellos in Zukunft noch mehr ausgebaut werden müssen. Man hat eine allgemeine Vermögensabgabe von 25 Proz. vorgeschlagen. Das würde eine erhebliche volkswirtschaftliche Schädigung bedeuten. Der Redner beantragt, die Getränkesteuer an eine Schlichtende Kommission zu verweisen, das Branntweinmonopol an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Müller (Soz.):

Der Staatssekretär weist auf die Relation der indirekten Steuern zu den direkten hin. Man muss aber auch an ihre Beziehungen zur allgemeinen Lebenshaltung denken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die diesmal vorgelegenen indirekten Steuern sollen reiflos auf die Konsumenten abgewälzt werden, deshalb erklären sich ja auch einzelne Interessentengruppen damit einverstanden. Der Staatssekretär wollte ganze Arbeit machen. In der Tat sollen ausnahmslos

alle Getränke außer Quellwasser,

Kaffeesurrogaten und etwa noch deutschen Teeblätter erfasst werden und diese Steuern gehen Hand in Hand mit einer dauernden Verbilligung der Getränke. Das heutige Bier führt seinen Namen wohl überhaupt nur noch daher, dass es in den alten Bierstätten verfertigt wird. Als Rohrohsmittel kann man dieses schlechte Bier gewiss nicht mehr bezeichnen, und auch in den ersten Kriegsjahren wird es so bleiben. Die Begründung erklärt die Verbilligung für notwendig, denn das Publikum habe die Bierversteuerung während des Krieges hingenommen. Nun — im Frieden hätten die Preissteigerungen höher zu Bierpreisen führen, in Bayern wohl auch zu Bierrevolutionen geführt. Der Patriotismus der Bevölkerung hat das während des Krieges verhindert. Wir ganz besonders ungerecht haben wir es, dass neben der hohen Versteuerung auch die kommunalen Biersteuern noch erhalten bleiben sollen. Ganz besonders verheerend muss die Versteuerung auf die Garkirchweine wirken, die unter dem Krieg so überaus schwer wegen der ungenügenden Belieferung zu leiden haben.

In der Kommission werden wir vor allem für eine andere Mischung von direkten und indirekten Steuern sorgen müssen. Wertsteuern sind bisher immer abgelehnt worden, weil man glaubte, die Winger können sie nicht akzeptieren. Durch die gestiegenen Weinpreise ist aber die Lage der Winger gegenüber sehr gut, es wird ja geradezu Weinwucher getrieben — gibt es doch Leute, die 60 000 M. in Wein anlegen, um ihre Kriegsgewinne vor einer Kriegsgewinnsteuer zu retten. Die Weinsteuer soll 25 Proz. betragen und der Schatzsekretär nennt sie eine Wertsteuer, denn der Wein ist das Getränk der bestehenden Klassen. Im Westen Preussens und in Ostdeutschland ist das keineswegs der Fall. Wir sind in anbetracht der Bedürfnisse des Reichs keineswegs gegen jede Weinsteuer. Aber der vorgelegte Entwurf trifft die billigen Weine ebenso hoch wie die hochwertigen Ausleseweine. Ebenso ungesund ist es, die weinähnlichen Getränke mit 20 Proz. zu besteuern. Auch bei der Schaumweinsteuer ist zu erwägen, ob die Fruchtweine ebenso hoch zu belasten sind, wie die Vorlage es vorsieht. Die Besteuerung der Mineralwässer ist überaus hart. Diese Steuer will man gleichseitig einen Zoll für Tee, Kaffee und Schokolade verbinden, damit die Leute nicht etwa von der Schokolade zum Tee übergehen. Gegen solche Zölle sprechen hygienische Bedenken. Der körperliche Verfall der Bevölkerung ist ja bedingt durch die wenig abwechslungsreichen Kost und die wenig abwechslungsreichen Getränke. Vor allem sollte man den Kakaogewinn nicht erschweren, sondern ihn möglichst fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Branntweinsteuer ist die erste Monopolvorlage, aber jedenfalls nicht die letzte. Die Bedürfnisse des Reiches zu decken, wird ohne Monopole nicht möglich sein. Aber die Vorlage bringt kein Produktionsmonopol, sondern nur ein Verarbeitungs- und Handelsmonopol. Die Vorlage ist lediglich eine Verstaatlichung der Spirituszentrale, d. h. also, die schismatische Verstaatlichung soll anerkannt werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Daher bleiben alle Gebilde, die wir früher

gegen die Branntweinsteuer angeführt haben, bestehen. Sogar kommt, dass die Gesetzgebung sich hier

gegen den technischen Fortschritt

richtet. Die Spirituszentrale wird im Kriege nicht aus. Man müsste daher im Kriege das tun, was man früher immer durch die Gesetzgebung verhindert hat, Spiritus nämlich auf anderem Wege als in Brennereien erzeugen. Die betreffenden Fabriken sind mit Reichs- und Staatsmitteln ins Leben gerufen worden, nun aber sollen sie durch die Gesetzgebung in ihrer Produktion so beschränkt werden, dass nur ja die Brennereien keinen Schaden erleiden. Wir werden in der Kommission dafür sorgen müssen, dass nicht die Interessen der Brenner, sondern die der Allgemeinheit gewahrt werden.

Bei diesen Steuern sollte man sich fragen, wie sie auf die Stimmung der Bevölkerung wirken werden. Wird sich denn die Bevölkerung, werden sich vor allem die Konsumenten die kolossalen Preissteigerungen auch dauernd im Frieden gefallen lassen? Liberale und Konservative haben darauf hingewiesen, dass in der Bevölkerung durch den Krieg ein Staatsgefühl erwacht sei. Wollen Sie ein solches Gefühl erhalten, dann dürfen solche Steuererhöhungen nicht gemacht werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Diese Steuererhöhungen würden ja geradezu das Staatsgefühl, die Kommission möge den Gesetzen den Parteien sozialen Einsicht verschaffen, der jetzt in den Vorlagen nicht zu finden ist. (Lebhafte Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Mund (Sp.):

Ich bin dem Staatssekretär gegenüber, dass die hier dargelegenen direkten Steuern nur einmalige, die indirekten Steuern aber dauernde sind. — Ob die Verbraucher bei Einführung des Branntweinmonopols besser dastehen werden, als bei einer entsprechenden Steuer, wie der Staatssekretär meint, ist mir sehr fraglich. Vielleicht kommen sie vom Regen in die Traufe. Auf keinen Fall darf das Branntweinmonopol einseitig dem landwirtschaftlichen Standpunkt betrieben werden, wie die jetzige Branntweinsteuererhebung. Die Erfahrungen des Krieges sollten dazu führen, dass überhaupt keine Kartoffeln mehr in den Brennereien kommen, sondern dass die Kartoffeln reiflos für die menschliche Ernährung ausgenutzt werden. (Bravo!) Die Weinsteuer ist technisch die beste. Damit dass die Weinsteuer den Verbrauchern auferlegt werden soll, sind wir einverstanden. — Bei der Biersteuer wird festgelegt, was als Dänbier und was als Kolbier gelten soll. Gegen die Steuern auf alkoholfreie Getränke bestehen schwere volkswirtschaftliche Bedenken. Grundätzlich wird man ihnen gegenüber die Finanzlage zustimmen müssen. Aber im Verhältnis zu den alkoholischen Getränken ist die Besteuerung der Saponaden und Mineralwässer viel zu hoch.

Abg. Schulenburg (natl.): Dem Branntweinmonopol stimmen wir zu. Zum Schutz unserer Winger sollte man auch den Auslandswein außer dem Zoll noch versteuern. Gegen Besteuerung der Fruchtweine haben wir große Bedenken. Der Schaumweinsteuer stimmen wir zu.

Abg. Dr. Nische (L.) begründet die Zustimmung seiner Freunde zu dem allgemeinen Gedanken der Vorlagen. Der Biersteuer werde mit Unrecht vorgeworfen, dass sie zu sehr in die Gewerbetreibenden eingreife. Bei der Weinsteuer ist es für die Winger gefährlich, über 10 Proz. hinaufzugehen, gar bis zu 20 Proz., wie die Vorlage will. Die Branntweinsteuer ist in einer Höhe vorgeschlagen, 800 M. pro Hektoliter, das man doch fragen muss, ob der Konsum dann nicht so erheblich zurückgehen wird, dass die Steuer nicht den gewünschten Ertrag bringt. Der Kartoffelbau ist recht eigentlich erwachsen und fundamementiert auf den Brennereibetrieben.

Abg. Warm (U. Soz.):

Die Methode ist auch hier wieder die alte: die schwersten Lasten werden den ärmsten Volksschichten aufgebürdet. Nur die Schaumweinsteuer trifft die Besitzenden, aber zum Ausgleich hat man auch gleich den Champagner der kleinen Leute, den moussierenden Obführer wesentlich höher besteuert. Und damit ja nicht zu wenig Bier konsumiert wird, behaltet man auch die Mineralwasser härter. Gerade diese Getränke sind ein wesentliches Hilfsmittel im Kampf gegen die Trunksucht. Sogar die Mineralwässer in den Fabrikantenn werden so um 100 Proz. besteuert. (Hört! hört!) Das heißt direkt den Alkoholkonsum fördern. Alle diese Steuern bringen außerdem

Liebesgaben für die Interessenten.

Es ist hier genau dasselbe wie bei der Branntweinsteuer, die der reaktionärste Reichstag 1887 geschaffen hat. Hier ist als solches Karriell die Spirituszentrale entstanden, die heute etwa 85 Proz. der Brennerei umfassen und in der Lage ist, durch Beherrschung des ganzen Marktes den Preis für das Produkt zu diktieren. Während des Krieges entstand ihr ein neuer Feind durch den technischen Fortschritt, nämlich durch die Möglichkeit, reinen Spiritus aus Kalkiumlaurid herzustellen. Während des Krieges sind auch andere entstanden, die Kalklaurid herstellen, der der Landwirtschaft nur in geringem Maße gewährt werden konnte, weil er für die Sprengstoff-fabrikation nötig war. Aber im Frieden ist diese Verwendung unnötig, und so würden die Werke im großen Maße aus Kalkiumlaurid, also aus Kohle und Holz, Alkohol hergestellt. Und nun unterlässt diese Gesetzgebung geradezu den technischen Fortschritt, indem sie diesen Werken die Herstellung von Alkohol und Essigsäure verbietet. (Hört! hört! bei den U. Soz.) Am die Brennereien vor dem Konkurs zu schützen, kommt jetzt das Branntweinmonopol, aber nicht ein Produktionsmonopol. Die Steuer auf den Alkohol beträgt 800 M. auf den Hektoliter und besteuert ganz ungemein den Branntwein, den gerade die Armen und Kleinen konsumieren. Dagegen muss jeder Sozialist auf schärfste Stellung nehmen, denn hier handelt es sich um ein Handelsmonopol, das geradezu den Wucherpreis legt. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Wir hoffen, dass das Volk erwachen, die politische Macht erobern und mit dieser Art Gesetzgebung aufschauen wird. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Munn (K. Fr.) begrüßt es, dass der Monopolgedanke jetzt eine günstige Aufnahme in der Bevölkerung findet.

Die Debatte schließt. Die Vorlagen werden an verschiedene Ausschüsse verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Anfragen, Positionen.) Schluss 7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Edler Wettewer.

Möglich, dass die bevorstehenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus ihre Schotten bereits vorauswerten. Denn anders ist es kaum zu erklären, dass gerade die Parteien, die sich dieser jeder Vorkerkung der rechtlichen Lage der Landarbeiter widersetzt haben, sich plötzlich in Anträgen zugunsten der Landarbeiter förmlich überbieten. Nicht nur, dass die Konservativen zum Stat der Landwirtschaftlichen Verwaltung einen Antrag auf eine der Neuzeit entsprechende Regelung der Verhältnisse der landlichen Arbeiter eingebracht haben, haben sich auch andere bürgerliche Parteien zu Anträgen zugunsten der Landarbeiter aufgeschlossen. Das Zentrum hat gleich zwei Anträge auf einmal eingebracht, es verlangt einmal die Aufhebung aller in Preußen zurzeit noch geltenden, dem freien Vereinigungsrechte der landlichen Arbeiter entgegenstehenden gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen, jedoch unter Berücksichtigung der Besonderheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse, sodann die Einbringung eines Gesetzesentwurfes, wodurch Landarbeitern für die land-

wirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeiter eingeführt werden, und endlich einen Gesetzesentwurf, durch welchen dem größeren, mittleren und kleineren Grundbesitz die Ausübung des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern in besonderen Gruppen gewährt und dadurch eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in diesen Kammern gesichert wird.

Nach kurzer Debatte, in der Genosse Braun mehrmals die schützöllnerischen Bestrebungen ins rechte Licht rückte, wurden alle diese Anträge zusammen mit dem fortschrittlichen Antrag auf Einführung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter und mit dem konservativen Annexionsantrag sowie dem hierzu gestellten sozialdemokratischen Gegenantrag an die verstärkte Staatshaushaltskommission verwiesen.

Die Debatte wandte sich dann zur Ernährungsfrage, sie wird am Freitag fortgesetzt.

155. Sitzung, Donnerstag, den 25. April, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: v. Eisenhart-Rothe.

Die Landwirtschaftliche Verwaltung.

Abg. Jand (L.) lehnt den fortschrittlichen Antrag auf Gewährung des vollen Koalitionsrechts an die Landarbeiter ab.

Abg. Dr. Lieber (natl.) erklärt sich für diesen Antrag und begründet einen Antrag auf Vertretung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes und der Arbeiter in den Landwirtschaftskammern.

Abg. Gerlach (Z.) spricht für Förderung der See- und Binnenfischerei.

Minister v. Eisenhart-Rothe gibt entgegenkommende Erklärungen hierzu ab und kündigt ein Gesetz über Arbeitervertretung in den Landwirtschaftskammern an.

Abg. Braun (Soz.): Unser Antrag — bis zu 50prozentige Kriegsgewinnsteuer auf Lebensmittelhändler und Erzeuger zugunsten der Kriegsbefähigtenfürsorge, Aufteilung von Großgrundbesitz und Domänen für diesen Zweck — ist lediglich ein Gegenantrag gegen den Annexions- und Kriegsschadensantrag der Konservativen. Unser Antrag gibt Ihnen die Möglichkeit, zu zeigen, dass Sie den Kriegsschadens durch Anhebung im Inlande helfen und nicht nur die Kriegsbefähigten durch Vertreibung auf russisches Siedlungsland und Kriegsschadens durch Kauf von russischen Siedlungsland und Kriegsschadens durch Kauf von russischen Siedlungsland an die Landarbeiter haben die Konservativen erneut abgelehnt. Dadurch wird auch ihr Antrag bei der Arbeitervertretung in den Landwirtschaftskammern ins rechte Licht gesetzt. Durch diese Koalitions-schulden soll die Öffentlichkeit geschützt werden, aber die Landarbeiter sollen auch weiter unter Ausnahme gesetzt werden. Damit schließt die Aussprache. Die Ausdrucksanträge auf Förderung der Erzeugung und der wissenschaftlichen Forschung werden mit dem Antrag Gerlach angenommen, die Anträge über Kriegsbefähigtenfürsorge, Landwirtschaftskammern und Landarbeiterrechte dem Ausschuss überwiesen.

Die Ernährungsfragen.

In den Anträgen des Ausschusses wird Übertragung der Düngemittelversorgung an eine Militärbehörde, Förderung der Schweinezucht, Maßnahmen zur Erhaltung der Viehhofbestände, Milderung der Fremdenverkehrs, Verordnung, Verursachung des Handels usw. gefordert.

Berichterstatter Abg. Dr. Gersch (L.): Die Ukraine dürfte uns enttäuschen, die Preise sind sehr hoch. Die Vorteile, die man sich von der Beschränkung des Landwirtschaftsministeriums durch das Kriegsernährungsamt versprochen hat, sind ausgeblieben. Als zweiter Berichterstatter führt Abg. Rippmann (Sp.) aus: Auf dem Gebiet der

Metallbeschlagsnahme

sind Eingriffe der kleinlichen Art vorgekommen, die die ständige Bevölkerung erbittern. Gegenstände, die für den Haushalt dringend nötig sind, werden einfach weggenommen, obwohl es doch bekannt ist, eine wie große Leute an Metall wir in diesem Kriege gemacht haben. Wegen einiger Pfund Messing oder Bronze werden die Häuser ihrer Zäunlein beraubt und es wird nicht einmal genügender Ersatz geliefert. Alte Familienerbstücke aus Zinn und Kupfer, die über 50 Jahre alt sind, sollten belassen werden.

Die Präsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Die neueste Metallbeschlagsnahmeverordnung ist von allen Interessenten gebilligt worden, bevor sie erging. Die Kleiderbeschaffung der Rüstungs- und Eisenbahnarbeiter ist ebenso notwendig. Die Zahl der aufzubringenden Anzüge wird auf die Bundesstaaten nach der Zahl der Einwohner und der Wehrbeitragspflichtigen umgelegt.

Staatskommissar für Volksernährung v. Waldow: Die Maßnahmen, über welche sich Abg. Gersch beschwerte, sind Kriegsnotwendigkeiten.

Wir sind die Hände gebunden,

so dass ich nicht in vollem Maße auf die landwirtschaftliche Produktion Rücksicht nehmen kann. In den Ernährungsbehörden sitzen überall landwirtschaftliche Sachverständige, auch die Mitarbeiter des Reichstagsbeirats erkennen ich dankbar an. Aufklärung durch die betroffenen Führer der Landwirtschaft würde viele Missverständnisse beseitigen. Mit unserer Volksernährung sind wir bis zur neuen Ernte allerdings auf die Zufüsse aus der Ukraine angewiesen. Es ist alles vorbereitet. Wir haben dort eine eigene Organisation geschaffen, die schon im Mai ihre Einlaufstätigkeit beginnt. Natürlich müssen wir erst das Land pazifizieren helfen, aber die verschiedenen Gruppen haben bereits die wichtigsten Getreidegebiete erreicht. Auch der Transport soll militärisch erfolgen. Nach der Vorkaufnahme sind bei uns noch 750 000 Tonnen Getreide ermittelt und erfasst worden. Wir mühten 30 Millionen Zentner Kartoffeln für die Militärpferde abgeben. Infolge der Futternot ist unser Viehbestand kaum noch den Anforderungen der Fleischversorgung genossen, indessen haben wir Vieh aus den besetzten Gebieten erhalten. In das Schwabende

Verfahren des Falles Neufeld

darf ich nicht eingreifen. Das Verfahren war bereits sechs Wochen vor der Veröffentlichung der Denkschrift eingeleitet.

Das Haus verlegt die Debatte auf Freitag 11 Uhr. Schluss 14 Uhr.

## Unabhängige und Wahlrechtvorlage.

Spaltung und Verwirrung.

Ein Artikel des Berliner „Mittelblatts“ der Unabhängigen hat den Verdacht erregt, die Unabhängigen wollen durch ihre Abstimmung im Abgeordnetenhaus am 30. April das gleiche Wahlrecht zu Fall bringen. Dazu teilt die „Leipziger Volkszeitung“ mit, dass die Fraktion „in dieser Angelegenheit noch keinen endgültigen Beschluss gefasst hat“.

Die Forderung der „Leipziger Volkszeitung“ beruht leider nicht auf der Hoffnung, dass bei dem Versuch, das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus durchzuführen, auf die Hilfe der fünf Unabhängigen zu verlassen ist. Eine Strömung, die den Erfolg der Wahlrechtbewegung aus opportunistischer Veranlassung zu hinterfragen geneigt ist, ist ungewisshaft vorhanden. Die Rücksicht ist dadurch entstanden, dass die sozialdemokratische Männerfraktion von den Unabhängigen gesprengt worden ist. So kann man jetzt, selbst in diesem entscheidenden Augenblick, nicht mit einer geschlossenen Aktion rechnen!



# Bewerkschaftsbewegung

## Die Gangradikalen und die Gewerkschaften.

In unserer Nummer vom 20. April nahmen wir von einem Aufruf der Zentralleitung der Unabhängigen, in dem die Mitglieder aufgefordert werden, innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß diese auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden. Im Gegensatz hierzu betont das Organ der Gang-Radikalen, die Bremer „Arbeiterpolitik“, in ihrer Nummer vom 20. April:

„Eine Partei, die ihre Taktik nicht auf die Interessen der fortgeschrittensten Arbeiterschaft einrichtet, ist zur Schwäche und zum Bankrott verurteilt. Unsere Taktik arbeitet der Entwicklung in die Hände. Da die Einheitsorganisation die wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiter zusammenschließen will, und da eine Weiterentwicklung der heutigen Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen ist, so geht der Weg zur Einheitsorganisation über den Kampf gegen die Gewerkschaften. Auch da haben die Unabhängigen versagt. Die ängstlichen Versuche sind im Anfangsstadium beinahe geblieben. Kommt man noch vor Jahresfrist der Meinung sein, daß dieser Kampf während des Krieges, wegen des vollkommenen Stillstandes der wirtschaftlichen Bewegung aussichtslos sei, so haben die letzten Stöße den Fortschrittsprozess in Gang gebracht. Die Enttäuschung über das Versagen und den Verrat der Gewerkschaften muß mit allen Kräften und Ausdauer über die Einheitsorganisation ausgedehnt werden. Die Parole heißt jetzt: Heraus aus den Gewerkschaften, die zu einem Hemmnis der Arbeiterbewegung und zu einem Mittel des Verrats geworden sind. Zugleich sind in den Betrieben die Anhänger der Einheitsorganisation zusammenzufassen und Vertrauensleute zu wählen. Dieser Aufbau der Organisation von unten ist der natürliche. Er wird Früchte tragen, wenn nur mit Energie und Weisheit vorgegangen wird.“

Daß eine Weiterentwicklung der heutigen Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen ist, kann doch wohl nur die Bremer „Arbeiterpolitik“ behaupten wollen; sie scheint das erfreuliche Ergebnis der Gewerkschaften im Jahre 1917 noch völlig unbekannt zu sein.

Im übrigen wird dieser phantastische Appell an die fortgeschrittensten Arbeiterschaft, ihre in Jahrzehnten mühsam aufgebauten Berufsverbände zu gerättern und dafür noch Stuttgarter Ruder die große „Einheitsorganisation“ zu bilden, noch Gebühr gezahlt werden.

## Abgelehnte Verhandlungen in der Glasindustrie.

Die im Schutzverband Deutscher Glasfabriken organisierten Glasindustriellen haben die Verhandlungen zur Erhöhung von Lohnunterschieden unter der Leitung der Vertreter der Herren Regierungsräte von Frankfurt und Bismarck abgelehnt. Die Ablehnung wird um so sonderbarer, als bereits im letzten Winter eine Reihe von Verhandlungen zur Gründung einer Tarifgemeinschaft stattfanden. Bei diesen Verhandlungen war bereits festgelegt worden, daß bei irgend welchen Differenzen die Gewerkschaften vermittelnd einzutreten haben. Der Zentralverband der Glasarbeiter hat sich deshalb bei der gegenwärtigen Lohnbewegung an die Regierungsräte um Vermittlung gewandt, die jetzt von den Industriellen zurückgewiesen wird.

Ihre Antwort überweist die bisher getroffene Abmachung vollständig. Die Industriellen schüben bei jeder Lohnforderung die hohen Preise für die Rohstoffe, besonders der Kohle vor. Aber trotz der hohen Preise und der oft recht mangelhaften Beschaffung der Rohstoffe haben die Aktiengesellschaften unheimliche Gewinne erzielt und die Heberhände der Arbeiter, die sich im Privatbesitz befinden, dürfen nicht geringere sein. So hat z. B. die Nabelberger Glasfabrik Akt.-Ges. ihre Dividende im Jahre 1917 auf 40 Prozent erhöht. Die Vereinigte Lausitzer Glaswerke in Waischenau erhöhen ihre Dividende von 20 auf 25 Prozent und die Adlerbrüder in Penzig erhöhen ihre Dividenden auf 18 Prozent. Dagegen lebt die Arbeiterschaft unter den elendsten Verhältnissen. Auch den Pfandindustriellen ist die Forderung unter 14. Februar überreicht worden, die Löhne ab 1. April um 25 Prozent zu erhöhen. Die Herren haben ebenfalls bisher keine Antwort gegeben und als darauf gedrängt wurde, daß die Löhne ab 1. April um 25 Prozent zu erhöhen sind, erklärten sie, daß sie in der am 12. April festgesetzten Verammlung keinen Beschluß in der Lohnfrage fassen können, da die Lohnregulierung jeder Firma allein überlassen bleiben muß.

Es blieb deshalb der Arbeiterschaft weiter nichts übrig, als den Weg der Einzelverhandlungen zu betreten und die Industriellen sobald als irgend möglich vor den unabhängigen Schlichtungs-ausschüssen zu geben. Auch die Pfandindustriellen haben ihre Dividenden gewaltig steigern können und so wird es der Arbeiterschaft leicht sein, den Nachweis zu erbringen, daß die Industriellen sehr wohl in der Lage sind, die Löhne dem Antrage entsprechend zu erhöhen.

Ganz besonders trübsalreich sind die Lohnverhältnisse der in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiterinnen. Hier gibt es noch eine ganze Reihe Betriebe, die ihren Arbeiterinnen Wochenlöhne unter 20 Mark zahlen, trotzdem die Arbeiterinnen in der Höhe vor dem glühenden Ofen als Glasenträgerinnen beschäftigt werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft sich sobald als möglich wieder in Kraft treten, damit die Arbeiterinnen in gesundheitlicher Beziehung sichergestellt werden.

## Rundgebung der Privatangelegten.

Bekanntlich haben 19 Berliner Großfirmen, unter ihnen die A. E. G., der Siemens-Songera, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, A. Voßka, Ludwig Loewe u. Co. u. a. ein ursprünglich geheimes Abkommen abgeschlossen, welches darin besteht, jeden Stellenwechsel der bei diesen Firmen beschäftigten Angestellten, wenn er mit einer Verbesserung des Einkommens verbunden ist, von der ausdrücklichen Genehmigung des alten Arbeitgebers abhängig zu machen. Die geheime Vereinbarung hat bei den beteiligten Angestellten einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Nachdem die bisherigen Versuche, für eine Beseitigung des Abkommens zu sorgen, vergeblich geblieben sind, findet am kommenden Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, in den beiden Sälen der Germania-Brochstraße, Schauffstr. 110, eine Rundgebung aller Angestellten der beteiligten 19 Firmen statt, in der über den Inhalt und die Wirkung dieses Abkommens gesprochen werden soll.

## 25 Jahre Stuttgarter Gewerkschaftsbund.

Am 22. April konnte der Stuttgarter Gewerkschaftsbund auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. In anbetroffener Weise hat der Kriegszeit die Verwirklichung von einer öffentlichen Feier abgesehen. Das in bester Entwicklung befindliche Unternehmen ist durch den Krieg stark beeinträchtigt worden, insbesondere mußte eine von den Gewerkschaften geplante Vergrößerung sowie eine zeitgemäße Umgestaltung der Herberge und der Büroräumlichkeiten auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Rüge ein baldiger Einbruch dem Geist der Stuttgarter Arbeiterschaft die unterbündliche Entwicklungsmöglichkeit wieder bringen.

Die Einfassierer und Kassenboten, die im Transportarbeiterverband eine Branchenorganisation bilden, hatten bis zum Ausbruch des Krieges in organisatorischer Hinsicht sowie in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gute Fortschritte gemacht. Während nun in der Kriegszeit die Löhne der Arbeiter in fast allen Industriezweigen gestiegen sind, haben sich die Einkommensverhältnisse der Einfassierer in Abzahlungsgeschäften nicht im geringsten verbessert. Wochenverdienste von 30 Mk. und wenig mehr sind keine Seltenheit. Die fürderlich leistungsfähigen Einfassierer haben sich deshalb als Arbeiter der Industrie zugewandt. Die Abzahlungsgeschäfte bestehen sich derzeit mit Frauen und älteren Männern. Schon besser stehen sich die Einfassierer der Versicherungsgesellschaften. Sie haben Teuerungszulagen erhalten, allerdings nicht in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden

# Die Lohnbewegung der Metallarbeiterinnen.

Vor zehn Monaten wurde die Lohnbewegung der in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen eingeleitet und bis jetzt hat sie noch kein Ergebnis gehabt. Die Forderungen der Arbeiterinnen sind, an den heutigen Verhältnissen gemessen, recht bescheiden. In der Hauptsache wird gefordert ein Mindestlohn von 70 Pf. für Arbeiterinnen über 18 Jahre und 60 Pf. für solche unter 18 Jahren. Die Arbeitszeiten sollen so bemessen werden, daß mindestens 1 W. in der Stunde verdient wird. Die Arbeitszeit soll für Arbeiterinnen unter 18 Jahren täglich 8 Stunden, für die über 18 Jahre alten Arbeiterinnen nicht über 9 Stunden, bei doppelten oder dreifachen Schichten nicht über 8 Stunden betragen.

Im Laufe der Zeit hat der Metallarbeiterverband wiederholt versucht, im Verhandlungswege zu einer Verständigung mit den Unternehmern zu kommen. Aber alle diese Versuche scheiterten an der ablehnenden Haltung der Unternehmer und ihrer Organisation, dem Verband der Berliner Metallindustriellen. Nachdem dieser den Eintritt in Verhandlungen abgelehnt hatte, wurden die Forderungen in den einzelnen Betrieben gestellt. Da erklärten die betreffenden Unternehmer, daß sie die Forderungen ablehnen, für Verhandlungen aber der Verband der Berliner Metallindustriellen zuständig sei. Nun wandte sich der Metallarbeiterverband an den Kriegsausschuss, wurde von diesem wieder an den Verband der Metallindustriellen verwiesen, mit dem aber auch jetzt keine Verständigung erzielt werden konnte, weil er erklärte, nur über Beschwerden gegen bestimmte Firmen wegen schlechter Löhne, nicht aber über die allgemeinen Forderungen verhandeln zu wollen. Darauf brachte der Metallarbeiterverband die Sache wieder vor den Kriegsausschuss, und zwar in einer Form, die eine endgültige Entscheidung hätte herbeiführen können. Aber die dem Kriegsausschuss angehörenden Unternehmer versagten ihre Zustimmung mit der Begründung, da weibliche Arbeitskräfte nicht hilfsdienlich seien, sei der Kriegsausschuss für Beschwerden von Arbeiterinnen nicht zuständig. Wegen dieser Haltung des Kriegsausschusses beschwerte sich der Metallarbeiterverband bei der Kriegsamtsstelle in den Marken, die erst sechs Wochen ohne Antwort vergeblich sich und dann nach wiederholter Erinnerung von anderer Seite einen Bescheid erteilte, der dahin geht, daß an der Haltung des Kriegsausschusses nichts geändert werden könne. Auf Betreiben des Metallarbeiterverbandes beauftragte sich dann der Kriegsausschuss unter dem unparteiischen Vorsitzenden Magistratsrat v. Schulz mit der Angelegenheit. Auch diesmal erklärte sich der Kriegsausschuss im wesentlichen deshalb als unzuständig, weil sich das Hilfsdienstgesetz (§ 1) nur auf männliche Deutsche, also nicht auf Arbeiterinnen erstreckt. Ein Schiedsspruch wurde aus diesen Gründen nicht abgegeben.

Das ist in kurzen Zügen der leiserige Gang der langwierigen Lohnbewegung, über die Genosse Stiering am Mittwoch in einer

## Versammlung der Metallarbeiterinnen.

die sehr kurz besucht war, berichtete. Er bezeichnete die Annahme, daß der Kriegsausschuss nicht zuständig sei, als unzutreffend und im Widerspruch stehend mit den §§ 11—18 des Hilfsdienstgesetzes, wonach alle in den hilfsdienlichen Betrieben vorkommenden Differenzen (ein Unterschied zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen wird nicht gemacht) dem Kriegsausschuss erledigt werden können. — Ferner besprach der Redner die meisten, in der Öffentlichkeit noch nicht bekannten Vorgänge hinsichtlich der Lohnbewegung. Nach der Unzuständigkeitsklärung des Kriegsausschusses hat das Oberkommando in den Marken den Magistratsrat v. Schulz ersucht, seinerseits Verhandlungen zwischen den Arbeit-

gebern und den Vertretern der Arbeiterinnen einzuleiten. Erst v. Schulz kam dem nach und lud die Parteien zum 28. März vor das Einigungsamt des Gewerbegerichts. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes erschienen, die Unternehmer blieben aus, sie erklärten, sie könnten erst unter sich zu der Sache Stellung nehmen. Ein neuer Termin wurde auf den 6. April angesetzt. Vor diesem Termin teilten die Vertreter des Metallarbeiterverbandes dem Einigungsamt mit, sie seien bereit zu erscheinen und zu verhandeln, wenn zuvor die Unternehmer erklären, daß sie nicht nur erscheinen, sondern auch über die Forderungen der Arbeiterinnen verhandeln wollen. Diese Erklärung des Metallarbeiterverbandes ist dem Verband der Berliner Metallindustriellen übermittelte worden. Er hat dem Einigungsamt des Gewerbegerichts darauf geantwortet, daß er nicht die Absicht habe, das Einigungsamt anzurufen, da er sich mehrmals bereit erklärt habe, mit dem Metallarbeiterverband über die Lohnbewegung der Arbeiterinnen zu verhandeln, womit also die Möglichkeit einer direkten Verständigung gegeben sei. Aus diesen Gründen erübrige sich die Entsendung eines Vertreters zu dem angeführten Termin.

Die Behauptung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, daß er sich mehrfach zu Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband bereit erklärt habe, ist — so führte Stiering aus — ein hartes Stück und steht in direktem Widerspruch mit den Tatsachen. Wir haben wiederholt versucht, mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen zu einer Verhandlung und Verständigung zu kommen, er hat jedoch alle dahingehenden Versuche verweigert. Nachdem sich der Metallindustriellenverband auch jetzt wieder geweigert hat, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts mit uns zu verhandeln, haben wir das Oberkommando in einem Schreiben vom 10. April gebeten, mitzuteilen, ob es noch weitere Schritte zur Beilegung der schwebenden Differenzen tun will. Wir haben um baldige Antwort gebeten mit dem Hinweis darauf, daß unter den Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie eine außerordentliche Unruhe herrscht. Da uns das Oberkommando bis jetzt keine Antwort erteilt hatte, haben wir diese Versammlung einberufen, um zu der Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Heute, am Tage der Versammlung, teilte uns das Oberkommando mit, der Verband der Berliner Metallindustriellen habe erklärt, er sei immer noch bereit zu verhandeln, aber der Metallarbeiterverband habe noch keine dahingehenden Anträge gestellt. — Wir werden nun dem Verband der Metallindustriellen nochmals Gelegenheit geben, mit uns zu verhandeln, und werden sofort feststellen, ob er bereit ist, die Verhandlungen auf Grund unserer Forderungen zu führen. Lebt er das ab, dann teilen wir dem Oberkommando mit, daß der Verband der Berliner Metallindustriellen nicht verhandeln will. Uns kommt es darauf an, daß der grenzenlosen Ausbeutung von Arbeiterinnen, die in vielen Betrieben der Rüstungsindustrie herrscht, endlich ein Ende gemacht wird. Zu diesem Zweck sind unsere Forderungen gestellt. Wenn es jetzt nicht zu einer Verständigung kommt, dann ist es leicht möglich, daß ein Streik der Arbeiterinnen ausbricht, der weit um sich greifen kann. Dieser Streik wird natürlich vom Metallarbeiterverband geleitet und unterstützt werden. Wir werden es also nicht mit einem wilden, sondern mit einem von der gewerkschaftlichen Organisation geleiteten Streik zu tun haben.

Nach einer regen, den Ausführungen des Referenten zustimmenden Aussprache nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, welche die Verschleppungsmanöver der Unternehmer scharf verurteilt und den Metallarbeiterverband beauftragt, die Lohnbewegung der Arbeiterinnen mit den geeigneten Mitteln zum erfolgreichen Ende zu führen.

Höhe. Am besten sind noch die Verhältnisse der Kassenboten in den Bankgeschäften geregelt. Die Branchenorganisation ist unter den Einwirkungen des Krieges fast zurückgegangen. Die Mitgliederzahl hat sich um die Hälfte vermindert, die Branchenleitung ist seit längerer Zeit in Desordres. Unter diesen Umständen konnte in den letzten Jahren für die Aufbesserung der Löhne nichts getan werden. Seit längerer Zeit wurde am Mittwoch wieder eine Branchenversammlung abgehalten, die Anregungen zu einer neuen Belebung der gewerkschaftlichen Bewegung der Einlassierer gab.

# Industrie und Handel.

## Der Abschluß der Deutschen Bank.

Nach den vielen glänzenden Bilanzabschlüssen erscheint die Deutsche Bank als letzte auf dem Plan, und zwar mit einem einfach fabelhaften Abschluß, dessen Riesenziffern die höchst gespannten Erwartungen noch weit übertreffen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Deutsche Bank während des Jahres die Verschmelzung mit zwei ihr schon früher nahebedingten Banken durchgeführt hat, mit der Norddeutschen Kreditanstalt und dem Schlesischen Bankverein. Aber bei der Beurteilung der Bilanzzahlen sind nach Angabe des Geschäftsberichts nur etwa 9 Proz. auf Rechnung dieser Verschmelzungen zu setzen.

Der Nettogewinn ist von 87,6 Millionen Mark auf 112 Millionen gestiegen. Nach Abziehung aller Unkosten und nach Vornahme der regulären Abschreibungen und Steuern verbleibt nach Einrechnung des Vortrags ein von 50 auf 62 Millionen Mark gesteigener Reingewinn. Daraus wird eine Dividende von 14 Proz. gezahlt, womit die Deutsche Bank einen Rekord in mehrfacher Hinsicht stellt. Einmal ist es die höchste Dividende, die das Institut jemals gezahlt hat und zweitens ist es die größte Erhöhung einer Dividende bei den D-Banken.

Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren, in denen der Vortrag 5,8 bzw. 12,3 Millionen Mark erreichte, sinkt er diesmal auf 6,4 Millionen Mark. Die Bank verteilt aus der teilweisen Auflösung des Vortrags 2 1/2 Millionen Mark als besondere Zuwendungen an die Beamten und nimmt eine weitere Ueberweisung an die freie Rücklage von 3,5 Millionen Mark vor und begründet diese Verringerung des Vortrags folgendermaßen:

Der Friede im Osten und die Kriegslage im Westen gestatten die anderweitige Verwendung der im ersten Kriegsjahr zurückgelegten seitdem in dem Vortrag enthaltenen Summe.

Außerdem wird wieder eine Abschreibung von 4 Millionen Mark auf das Bankgebäude vorgenommen, die eine stille Reserve darstellt.

Die gewaltige Gewinnsteigerung ergibt sich im wesentlichen aus der Steigerung des Wechsel- und Zinsenkontos, dessen Ertrag sich von 57 Millionen Mark auf 72 Millionen Mark erhöhte, und des Provisionskontos, dessen Ertrag von 25,4 Millionen Mark auf 33,5 Millionen Mark gestiegen ist; außerdem wurde im Gegensatz zu den Vorjahren auch ein Gewinn aus dem Handel mit Wertpapieren in Höhe von 2,5 Millionen Mark eingeseht. Im Kriege hat sich, ausgehend von der Dresdener Bank, die Gewohnheit eingebürgert, den Ertrag des Wertpapiergeschäfts nicht auszuweisen und von vorherem zu stillen Abschreibungen auf den Wertpapierbestand zu verwenden. Daß die Deutsche Bank jetzt von dieser Übung abweicht, beweist, daß ihr Bestand an Wertpapieren so niedrig zu Buch geschrieben, daß eine weitere buchnmäßige Herabminderung überflüssig erscheint. Wie groß die im Wertpapierkonto liegenden stillen Reserven sind, beweist nichts schlagender, als daß die Aktien der Deutschen

Petroleum-A.-G. zum Nennwerte zu Buche stehen, obwohl ihr jetziger Börsenkurs fast das Dreifache dieses Betrages ausmacht, ohne daß damit der sehr berühmte „innere Wert“ erreicht sein dürfte!

Am augenscheinlichsten wird das kolossale Wachstum der Deutschen Bank durch die Zunahme der bei ihr deponierten fremden Gelder. Die Gläubiger in laufender Rechnung stiegen von 3,5 Milliarden auf 5,7 Milliarden Mark! Sie haben sich in den letzten zehn Jahren in folgender Weise entwickelt (alles in Millionen Mark):

1906	1909	1913	1916
1909	1206	1914	2042
1910	1584	1915	2542
1911	1609	1916	3508
1912	1578	1917	5609

Bei der Dresdener Bank und der Diskonto-Gesellschaft betragen die fremden Gelder etwa 3 Milliarden. Die Deutsche Bank hat also einen wesentlichen Vorsprung auch vor der Diskonto-Gesellschaft, die zwar über ein etwas höheres Aktienkapital, aber über niedrigere Reserven und geringere fremde Gelder verfügt.

Aus dem Geschäftsberichte führen wir an: Die Petroleumunternehmen haben sich sehr günstig entwickelt. Die Schiffahrtsgesellschaft auf der Donau verfügt über 100 000 Tonnen Frachtraum auf der Donau und hat 7 1/2 Prozent für 1916 verteilt. Das Kapital wurde von 4 auf 16 Millionen erhöht. Reich und bayerische Regierung sind heute daran beteiligt durch Verschmelzung mit der Donauflotte, die die P.-G.-G. auf die Donau gesetzt hat. Die Bayerischen Stickstoffwerke haben wieder 14 Prozent verteilt, sie betreiben die Reichswerke und haben neuerdings die wertvolle Vorkonzession Erlang für die untere Inntraut. Es handelt sich um 200 000 Hektar. Die Zahl der Kundenrechnungen ist von 380 000 auf 530 000 gestiegen, davon entfällt ein erheblicher Teil auf Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen sowie Pommern. Daß die Ausdehnung ein Schritt in der richtigen Richtung gewesen, hat schon das erste Jahr nach der Verschmelzung ziffermäßig erwiesen.

## Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken weisen, nachdem die 60prozentige Kriegsrücklage vorweg abgezogen ist, einen Fabrikationsüberschuss von 14 Mill. M. gegen 11 Mill. M. im Vorjahr aus. Trotzdem wird „nur“ ein Reingewinn von 18 Mill. Mark gegen 12,7 Mill. M. im Vorjahr ausgewiesen, weil die Handlungsunkosten um rund eine Million gestiegen sind und im Gegensatz zum Vorjahr offene Abschreibungen von 2 Mill. M. vorgenommen wurden. Die Dividende beträgt wieder 80 Proz. Der Anstieg beträgt ein Fünftel des Aktienkapitals (30 Mill. M.). Die Gesellschaft hat große Grundstücke gekauft. Die Maschinen stehen mit einer Mark zu Buch. Die Schuldner sind von 56 Mill. M. auf 72 Mill. M. gestiegen. Am bedeutendsten ist jedoch das Wachstum der „Kreditoren“ (Gläubiger) von 70,5 Mill. Mark auf 87 Mill. M., weil die Gesellschaft den sehr hohen Preis aus einer abgeschlossenen amerikanischen Beteiligung darunter als stille Reserve für den Liebergang in die Friedenswirtschaft verweist hat. Es ist interessant, daß die Gesellschaft buchnmäßig ein Konto, das einen Rest darstellt, unter die Gläubiger in dem Sinne einwirft, daß das Konto den Anspruch habe, erst bei Friedensschluß verwendet zu werden. Diese Buchungswelt ist für die jetzt so beliebte Bilanzverschönerung bezichtigend.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Richter, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Erich Richter, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin; Druck: Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 2 Pfennige und Unterhaltungsblatt.